

Osteuropäische Zukunft

Zeitschrift für Deutschlands Aufgaben im Osten und Südosten

Amtliches Organ des Donau-, Balkan- und Schwarzmeerländerverbandes „Dubuid“ Berlin und München, des Wirtschaftsausschusses „Ukraine“ Berlin, der „Deutsch-Finnländischen Vereinigung“ Berlin, der „Deutsch-Georgischen Gesellschaft“ Berlin und des „Deutsch-Nordischen Verbandes“ E. V. Berlin; Veröffentlichungsstelle für die verbündeten osteuropäischen und morgenländischen Vereine Berlin.

Herausgeber: Dr. Galt Schupp-Berlin

Verlag: Georg D. W. Callwey, München, Finkenstraße 2. — Alleinige Anzeigenannahme: Russischer Kompaß, Berlin W. 50, Bamberger Straße 9. Fernsprecher: Amt Kurfürst 6449. Preis für 1 mm Höhe der 5 cm breiten Spalte 25 Pfg., auf der ersten Umschlagseite 50 Pfg., auf der zweiten, dritten und vierten Umschlagseite 35 Pfg.

2. Sept.-Heft 1918

Die Zeitschrift erscheint monatlich zweimal. ·· Bezugspreis: Halbjährlich für das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn M. 8.—, für das Ausland M. 9.—; einzelne Hefte 60 Pfg. ·· Beiträge und Besprechungsstücke wolle man senden: An die Schriftleitung der Osteuropäischen Zukunft, Berlin W. 50, Geisbergstraße 12; Zusendungen für den Bezug sind zu richten an den Verlag Georg D. W. Callwey, München, Finkenstraße 2. ··

3. Jahrgang Nr. 18

Inhalt: Sumtshenko, Das Cholmer Gebiet und seine Beziehungen zur Ukraine. ·· Dohrmann, Zerlegung und Neugestaltung im Osten. ·· Elves, Die tschecho-slowakische Bewegung. ·· Keffler, Die Ernte und die Erfassung des Getreides in der Ukraine. ··

Luther, Alt-Dorpat und die Russen. ·· von Eckart, Die Zukunft Liv- und Estlands. ·· Mitteilungen auf Seite 211, 212 und der 1., 2. und 3. Umschlagseite; Bücherbesprechungen auf der 3. und 4. Umschlagseite.

Mitteilungen.

Großrußland. Eine sehr bedeutsame Nachricht, über die in der Tagespresse die Leute vielfach sichtlich hinweggesehen haben werden, kommt aus Moskau: Der ehemalige russische Minister des Innern, Protopopoff, der sich seit Ausbruch der Revolution in Haft befand und kürzlich aus Petersburg nach Moskau gebracht worden war, um in der Krimstadt vom Revolutionstribunal abgeurteilt zu werden, ist auf freien Fuß gesetzt worden. Protopopoff wurde freigesprochen, und zwar mit der Motivierung, daß die bourgeoise Anklage der Reichsduma dadurch hinfällig geworden sei, daß er zu Anfang des Jahres 1917 den Frieden angestrebt habe. Die Maximalisten sind sich selbst also wieder einmal treu geblieben. Mit unerbittlicher Konsequenz bleiben diese Schwärmer an der Stange, wenn man so sagen darf. Protopopoffs Streben nach dem Frieden hat genügt, ihn demonstrativ freizusprechen. Seine übrigen „Verbrechen“, denn seine politische Tätigkeit als zaristischer Minister des Innern war nach der revolutionären Terminologie ein Verbrechen, sind ihm nicht angerechnet worden. Doch sehen wir von dieser Kehrseite der Angelegenheit ab, und widmen wir der Persönlichkeit Protopopoffs ein paar Worte. Es herrschten in Rußland seltsame Verhältnisse, es war der Vorabend der Katastrophe des alten Rußland, als Protopopoff — für Rußlands Geschichte vielleicht zu spät — zur Macht gelangte. Russische Patrioten, Männer mit klarem und sicherem Blick, die die drohende innere und äußere Gefahr richtig erkannt hatten, machten den Zaren auf einen bis dahin wenig bekannten Reichsduma-Abgeordneten aufmerksam, auf den linksliberalen Politiker Protopopoff. Es sollte sich erweisen, daß der Zar damit in letzter Stunde die richtige Person ausgewählt hatte. Denn Protopopoff hätte die Situation fraglos retten können, wenn es nicht, wie schon gesagt, zu spät und die Verhältnisse mittlerweile stärker gewesen wären als die Männer: an den Fronten war die russische Militärmacht zusammengebrochen, am Hofe herrschte der Wahnsinn Rasputins, und im Lande wuchs die allgemeine Unzufriedenheit üppig wuchernd rasch zur Revolte empor. Protopopoff, zum Minister geworden, erkannte mit sicherem Blick diese Lage der Dinge in der ersten Stunde. Er sagte sich, was sich ein Bismarck gesagt hätte: nur eiserne Entschlossenheit, nur brutale Gewalt und radikales Durchgreifen konnte hier noch helfen, wenn überhaupt etwas zu retten war. Mit dem Gefühle einer großen Hochachtung sieht man ohne Frage zu, wie Protopopoff den verweiselten Kampf mit der Ungunst der Verhältnisse aufnimmt. Der linksliberale Politiker wird insofern zum Erzreaktionär, als er die Gewalt, ja die Willkür zum Allheilmittel proklamiert, und der russische Patriot, der als Panlawist von der Größe, vom Ruhm und vom Siege seines Vaterlandes träumt, entschließt sich, zum Defaitisten geworden, in realpolitischer Erkenntnis der wahren

Lage der Dinge zum einzigen Schritt, der denkbar war, sollte Rußland gerettet werden: zum Frieden, koste er, was er wolle. In konsequenter Befolgung seiner Erkenntnis sehen wir Protopopoff sich selbst innerpolitisch zum Polizeichef herabwürdigen, so schwer ihm diese Selbstdegradierung als liberalem Manne gefallen sein mag; und ebenso konsequent beschreitet er den Weg zur Verwirklichung seines außenpolitischen Programms: in den ersten Tagen des Jahres 1917 begibt er sich persönlich nach Stockholm, um Fühlung mit Berlin zu nehmen. Damals prägt er, bereit, den Frieden um jeden Preis zu schließen, ein Wort, das verdient, groß bezeichnet zu werden: „Als russischer Patriot fordere ich ein großes Rußland mit, wenn es nötig ist, vermindertem Territorium, kein kleines Rußland mit ins Uferlose vergrößertem Gebiet.“ Vielleicht als einer der ersten russischen Politiker hatte Protopopoff den Mut, jene Wahrheit zu bekennen, die Rußland in der Tat mehr nottut als die trügerischen Phrasen macht- und ländergierigen russischen Imperialismus! Protopopoff verlangte eben die Entwicklungsmöglichkeiten eines verkleinerten Rußlands zu Ansehen und Größe, und er kämpfte leidenschaftlich gegen jene Anschauungen, die Rußland innerlich vergrößern wollten und dem Reiche dadurch jegliche Möglichkeit nahmen, sich zu konsolidieren, innerlich zu erstarken und allmählich zu einer Einheit von größerer Widerstandskraft heranzureifen. In diesem Sinne war er bereit, dem deutschen Sieger die westlichen russischen Randstaaten abzutreten, die in der russischen Gesamtheit seit jeher Fremdkörper bildeten, in diesem Sinne war er bereit, allmählich und langsam ein liberales Reformprogramm durchzuführen, dessen Entwurf er dem Zaren vorlegte und dessen wesentlichste Richtlinien seinerzeit in der deutschen Presse veröffentlicht worden sind. Es handelte sich um das Projekt eines tatsächlich gewaltigen Reformwerkes, dessen Schöpfer Protopopoff selbst und seine liberalen Parteigenossen waren. Mit fähigem Realismus stellte Protopopoff in diesem Entwurf u. a. die Behauptung auf, das russische Reformwerk könne nur gedeihen, wenn es Schritt für Schritt in natürlicher Entwicklung verwirklicht werde, wenn Rußland bis zur Verwirklichung seiner vor allem notwendigen inneren Konsolidierung auf jede imperialistische Aspiration nach außen hin verzichte und in richtiger Erkenntnis seiner völkerpolitischen und völkerpsychologischen Mission vorerst einmal ein Jahrhundert dem inneren Aufbau widme. Den Krieg — und restlos hat Protopopoff darin Recht behalten — erklärte er für das gewaltigste Verhängnis russischer Geschichte und den Absolutismus für überlebt und unzeitgemäß. Aber man verstand ihn nicht: Rußland lag eben nicht mehr im Fieber innerer Unzufriedenheit und Verzweiflung über die Niederlagen an der Front; die Dinge waren viel weiter fortgeschritten. Das Volk desirierte bereits, auch die gemäßigten Elemente

begannen den Blick für die Wirklichkeit zu verlieren, klein und jämmerlich erwies sich der Hof, und selbst die Regierung vermochte die Zeichen der Zeit nicht mehr zu lesen. In diesem Chaos stand Protopopoff allein der Uebermacht und Ungunst der Verhältnisse gegenüber, als Retter kam er zu spät. Aber seine Persönlichkeit litt nicht darunter, daß sein Werk mißlang. Mit der eisernen Konsequenz des entschlossenen Kraftmenschen stemmte sich dieser kühle Realpolitiker, als im März die Revolution ausbrach, allein gegen den Sturm. Er allein hat versucht, einen Tag lang den Kampf gegen die Katastrophe aufzunehmen; freilich standen ihm, dem von jämmerlichen Parteigenossen und Freunden, von seinem Jar und seinen Kollegen von der Regierung verlassenen Riesen, keine anderen Mittel zur Verfügung, als die Maschinengewehre seiner stupiden Gendarmen auf den Dächern einiger Petersburger Paläste. Er hat sie spielen lassen. Und damit der Revolution ein paar Stunden lang die einzige Schlacht geliefert, die das schmachvoll zusammenbrechende alte Rußland, das überlebte Ancien-Regime, der Revolution zu liefern vermochte. Er tat es nicht, um seine persönliche Macht zu erhalten, vielleicht auch nicht einmal deshalb, weil er überzeugt davon war, daß noch nicht die Zeit gekommen sei, das alte Regiment plötzlich zu beseitigen, sondern ausschließlich deshalb, weil er richtig erkannte, daß die Revolution, dieses gewalttätige Neugeschlecht, für Rußland zum Untergange führen mußte. Er hat dann das Schicksal sämtlicher Anhänger der alten Regierung geteilt und ist als Staatsverbrecher in die Kasematten der Peter-Pauls-Festung geworfen worden. Man hat ihn die Doktrin des Maximalismus betreit, und uns will scheinen, daß es angebracht war, aus diesem Anlaß an Protopopoff zu erinnern, denn es ist sicherlich keineswegs ausgeschlossen, daß Protopopoff dereinst in einem neuen Rußland noch eine führende Rolle spielen wird. Es ist leicht denkbar, daß aus dem Chaos russischer Verhältnisse dereinst seine Persönlichkeit gigantisch herauswächst, daß er der Verhältnisse, die sich einmal doch wieder einrenken müssen, Herr wird und Rußland neue Wege weist, auf denen der Gang zu einer langsamen, schrittweisen Gesundung des schwer stehenden russischen Staates möglich ist. Die Renaissance seines Vaterlandes wird Protopopoff kaum erleben, denn ein Menschenleben wäre dazu erforderlich, und Protopopoff steht bereits auf dem Gipfel. Aber als Lehrer einer neuen russischen Erkenntnis wird er vielleicht einmal in Rußland noch ebenso tätig sein, wie als Diktator. Nur ein solcher, nur Gewalt kann in Rußland heute schöpferisch tätig sein. Die Natur Protopopoffs aber, das ganze Wesen seiner Persönlichkeit ist dazu vorherbestimmt, gewalttätig durchzugreifen.*)

Gewaltige Ereignisse haben den revolutionären Diktator Rußlands, Lenin, in den Vordergrund weltgeschichtlichen Interesses gerückt, und doch weiß man von dem Leben dieser einzigartigen Persönlichkeit, eines der bedeutendsten Revolutionäre aller Zeiten, wenig. Wladimir Iljitsch Ulanow stammt aus einer alten Simbirsker Adelsfamilie. Sein Vater war Direktor des Gymnasiums in Nischni Nowgorod; dort wurden dieser Erzellenz zwei Söhne geboren: Alegej und Wladimir. Beide studierten an der Kasaner Universität. Früh geriet der Ältere, Alegej, in die Kreise einer terroristischen Gruppe von Studenten. Als solcher, unter dem Decknamen Lenin, führte er im Auftrage seiner terroristischen Partei ein Attentat gegen den Zaren Alexander III. aus, wurde verhaftet und gehängt. Damals war sein jüngerer Bruder Wladimir, der den Tod seines Bruders kürzlich infolgedessen fürchtbar gerächt hat, als in seinem Namen Zar Nikolai II. hingerichtet wurde, 19 Jahre alt. Wladimir Ulanow, der nun den Decknamen seines Bruders Lenin annahm, schuf sich in der revolutionären Partei sehr bald einen geachteten Namen. Er machte die Laufbahn des revolutionären russischen Studenten durch, konspirierte und wühlte, agitierte und propagierte und erlebte so in den Jugendjahren der russischen Sozialdemokratie eine seltsame Entwicklung. Nur zu bald wurde er relegiert, dann, während einer sozialistischen Versammlung, in der er in flammender Rede für eine Einigung aller sozialistischen Gruppen eintrat, verhaftet und nach Sibirien deportiert. Man schrieb damals das Jahr 1897. Aber es gelang Wladimir Ulanow-Lenin, zu entfliehen. In der Schweiz tauchte er wieder auf und gründete hier zusammen mit Plechanow, dem mittlerweile verstorbenen Minimalistenführer, der sein erbittertester Gegner werden sollte, die Zeitschrift „Iskra“ (Der Funke), das erste maximalistische Organ in russischer Sprache. In den folgenden Jahren kam es dann, vielfach provoziert gerade durch Lenin und seinen radikalen Anhang, zu Spaltungen innerhalb der russischen Sozialdemokratie, die schließlich zu einer Zweiteilung in die maximalistische und minimalistische Richtung unter Führung Lenins und Plechanows, die nun Gegner wurden, führte. Die erste russische Revolution im Jahre 1905 gibt Lenin das Signal, nach Rußland zurückzukehren. In Petersburg tritt er redend zum erstenmal öffentlich auf, aber mit einer solchen Evidenzhaftigkeit und in so radikalem Sinne, daß die meisten Genossen sich von ihm abwenden. Auch gelingt es ihm nicht, eine führende Rolle zu spielen; nur Trotski, der damalige Präsident des ersten revolutionären russischen Arbeiterrates, den Lenin damals kennen lernte, sekundiert dem Führer der Maximalisten. Während greift Lenin die Bourgeoisie und die neue Oktober-Verfassung an, er kandidiert für die Duma, wird aber nicht gewählt; und als die revolutionäre Bewegung abflaut, Kosaken das Proletariat zu Paaren treiben und der letzte Funke des Enthusiasmus erlischt, zieht Ulanow sich nach Finnland zurück, um von dort aus 1907 nach London überzusiedeln. In der englischen Hauptstadt hält er es jedoch nicht lange aus; er kehrt in die Schweiz zurück,

*) Die jüngst verbreiteten Gerüchte über die Hinrichtung Protopopoffs empfehlen wir ebenso einzuschätzen, wie unzählige Nachrichten, die aus Moskau an uns gelangen — als Sensationsmeldungen, die jeder Grundlage entbehren.

deren Gastfreundschaft er schon einmal genossen. In Zürich gibt er bis 1917 die führende Zeitung „Der Sozialdemokrat“ heraus und veröffentlicht eine Reihe von theoretischen Werken, die, vielfach ins Deutsche übersetzt, ohne Frage von bleibendem Werte für die sozialistische Wissenschaft sind. Bei Kriegsausbruch hielt sich Lenin übrigens vorübergehend in Krakau auf. Als russischer Staatsangehöriger wurde er aus Oesterreich ausgewiesen; ehe er aber über die Grenze geschafft wurde, durchsuchten ein paar übereifrige k. u. k. Gendarmen sein Gepäck, glaubten in Lenins unter seinen Manuskripten aufgefundenen agrarstatistischen Diagrammen ausspionierte Festungspläne zu erkennen und verfügten seine Festnahme; nur der Intervention des österreichisch-ungarischen Sozialistenführers Viktor Adler ist es damals gelungen, seine Freilassung durchzusetzen und es damit möglich zu machen, daß der kommunistische Cäsar Rußlands nicht noch heute als Internierter in einem österreichischen Gefangenenlager aller Welt und aller Betätigung fern ist. Am 9. April 1917 reiste Lenin dann mit 32 anderen russischen sozialistischen Emigranten, denen englischer Imperialismus die Rückkehr nach Rußland verweigert hatte, weil man in England den radikalen Einfluß Pazifisten fürchtete, in einem plombierten Waggon von der Badisch-Schweizerischen Grenze durch Deutschland in die russische Heimat. In den epischen Darstellungen kommender Zeiten, in denen die ungeheuerlichen Ereignisse des Weltkrieges mythisch verklungen, wird diese schicksalsvolle Reise Lenins im plombierten Waggon ohne Frage eine bedeutungsvolle Rolle spielen.

Jura Trubow.

Deutsche Kolonien in Rußland. Unter der Menge sanftgesinniger russischer Gefangener in Deutschland befinden sich auch zahlreiche deutsche Kolonisten, die Abkömmlinge jener deutschen Bauern, die Katharina II. im 18. Jahrhundert nach Rußland importierte und in verschiedenen Gegenden des gewaltigen Reiches ansiedelte. Dr. Georg Schünemann und Herr Adolf Lane haben sich, wie in der Tagespresse berichtet wird, die Mühe gemacht, die Gesänge der deutsch-russischen Gefangenen phonographisch aufzunehmen. Diese Aufnahmen weisen einen sonderbaren Mischcharakter des deutschen Liedes in Rußland auf. Das Gepräge des älteren deutschen Volksliedes ist in der Regel festgehalten, dennoch verkleinert oft die verschiedenartigsten fremden Einflüsse den uns vertrauten Kern der Gesänge mit merkwürdig fremdartiger Umhüllung. Vor allem stößt man vielfach auf charakteristische slawische Verwechslung und Melancholie; aber auch Einschläge tatarischer und orientalischer Herkunft fehlen nicht. Man könnte also über diese Zeilen die Ueberschrift setzen: „Das deutsche Volkslied auf der Wanderung“.

Ukraine. Das deutsche Geschäft nach der Ukraine erstreckt sich ausschließlich auf Waren, die die deutsche Ausfuhr-Gesellschaft dem ukrainischen Staate vermittelt, auf Waren, welche von der ukrainischen Regierung monopolisiert, d. h. ausschließlich an die ukrainische Regierung zu liefern sind. Nebenher gibt es auch Waren, die von Deutschland aus direkt an den ukrainischen Verbraucher verhandelt werden können. Doch kommt als Vermittlerin auch in Bezug auf die letzteren die deutsche Ausfuhr-Gesellschaft in Betracht. Unter die Monopolwaren, wie wir die erstgenannten bezeichnen wollen, fallen u. a. alle Brennstoffe, wie Kohlen, Benzin usw.; Maschinen jeder nur erdenklichen Art für Landwirtschaft, Fabrikbetriebe und den Hausgebrauch; Metalle und Metallwaren; chemische und pharmazeutische Erzeugnisse; Manufakturwaren; und endlich Keramik, Geschir, Papier und Pergament. Interessant ist es, daß zur Ausfuhr aus Deutschland nur landwirtschaftliche Motoren bis zu 30 Pferdestärken zugelassen sind. Für die direkte Belieferung der ukrainischen Verbraucher mit deutschen Waren bleiben nur wenig Artikel übrig. Ein freier Handel findet zudem vorerst in der Ukraine nicht statt, und der ukrainische Käufer darf ohne Genehmigung Waren ebenso wenig einführen, wie er ukrainische Produkte nicht ohne staatliche Erlaubnis exportieren darf. Die deutsche Regierung hat der Ausfuhr-Gesellschaft in Deutschland ihrerseits das alleinige Recht der Ausfuhr nach der Ukraine bewilligt. Nur die Brennstoffe sind ausgenommen. Unsere Ausfuhr-Gesellschaft verkauft die Waren an die Ukraine zu einem verhältnismäßig sehr hohen Preise. Jedoch ist diese Preissteigerung nur recht und billig als Gegengewicht gegen die ungläublichen Preise, die die Ukrainer von uns für ihr Getreide fordern, das wir nicht einmal in ausreichender Menge erhalten. Um so bedauerlicher ist es, daß die deutschen Lieferungen nach der Ukraine bereits in erheblichem Maße vor sich gegangen sind, ohne daß die Ukraine uns den entsprechenden Gegendienst in agrarischen Produkten geleistet hätte.

H. A. D.

Litauen. In den deutschen Gefangenen- und Interniertenlagern werden immer noch zahlreiche Litauer festgehalten, die zu Kriegsbeginn als Ausländer und während des Krieges als Kriegsgefangene in diese Lager gelangt sind. Man ist es allgemein in die Wege geleitet worden, die Rückbeförderung wenigstens der litauischen Zivilgefangenen und der arbeitsfähigen, politisch zuverlässigen, in der Heimat besonders benötigten sonstigen litauischen Kriegsgefangenen vorzunehmen. Die Initiative dazu gehört dem Ausschuss für litauische Kriegsgefangene der Deutsch-Litauischen Gesellschaft in Berlin. In der entscheidenden Sitzung, die der Regelung dieser Angelegenheit gewidmet war, nahmen Vertreter des Kriegsministeriums teil. Der fortdauernde Kriegszustand im Westen mit all seinen Schwierigkeiten und Aufgaben steht einer völligen Entlassung aller litauischen Kriegsgefangenen in die Heimat insofern im Wege, als er Transportschwierigkeiten bedingt, die natürlich noch nicht so bald behoben sein werden. In Deutschland befinden sich etwa 11000 litauische Kriegsgefangene; eine verhältnismäßig geringe

Osteuropäische Zukunft

Zeitschrift für Deutschlands Aufgaben im Osten und Südosten

Amtliches Organ des Donau-, Balkan- und Schwarzmeerlanderverbandes „Duboid“ Berlin und München, des Wirtschaftsausschusses „Ukraine“ Berlin, der „Deutsch-Finnländischen Vereinigung“ Berlin, der „Deutsch-Georgischen Gesellschaft“ Berlin und des „Deutsch-Nordischen Verbandes“ E. V. Berlin; Veröffentlichungsstelle für die verbündeten osteuropäischen und morgenländischen Vereine Berlin.

Herausgeber: Dr. Falk Schupp-Berlin.

Verlag: Georg D. W. Callwey, München, Finkenstr. 2. — Alleinige Anzeigenannahme: Russischer Kompaß, Berlin W. 50, Bamberger Straße 9. Fernsprecher: Amt Kurfürst 6449. Preis für 1 mm Höhe der 5 cm breiten Spalte 25 Pfg., auf der ersten Umschlagseite 50 Pfg., auf der zweiten, dritten und vierten Umschlagseite 35 Pfg.

2. Sept.-Heft 1918

Die Zeitschrift erscheint monatlich 2 mal. . . Bezugspreis: Halbjährlich für das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn M. 8.—, für das Ausland M. 9.—; einzelne Hefte 60 Pfg. . . Beiträge und Besprechungstücke wolle man senden: An die Schriftleitung der Osteuropäischen Zukunft, Berlin W. 50, Geisbergstr. 17; Zusendungen für den Bezug sind zu richten an den Verlag Georg D. W. Callwey, München, Finkenstraße 2. . .

3. Jahrgang Nr. 18

Das Cholmer Gebiet und seine Beziehungen zur Ukraine.

Von J. Sumtschenko.

Die Gründung des neuen Gouvernements Cholm im Jahre 1909 gehört zu den Experimenten des russischen Zarismus, die für ihn typisch sind. Um den Nationalisten in der russischen Reichsduma eine neue Genugtuung gewähren zu können, wurden die Empfindungen der Polen und der Ukrainer auf das tiefste verletzt. Erstere sahen das Gebiet der alten Palatinate von Belz, Lublin und Podlachien als einen Teil von Kongresspolen an, letztere als einen Ausläufer der Ukraine, wobei sie sich auf ethnographische und sprachliche Daten stützten. So stand bereits damals das großrussische Staatsinteresse im Gegensatz zu den historischen Rechtsbegriffen der Polen, wie zu den auf Grund der Bevölkerungsstatistik von den Ukrainern erhobenen Ansprüchen; so wurde Cholm zum Zankapfel, der späterhin, beim Frieden von Litauisch-Brest, die Gegensätze verschärfte. Einen klaren Ueberblick über die Verhältnisse zu gewinnen ist fast unmöglich, besonders da die statistischen Daten der russischen Regierung — je nach den wechselnden Umständen — nicht nur tendenziös gefärbt, sondern sogar lügnerrisch entstellt wurden. Die ukrainische Bevölkerung wurde einfach als eine solche „russischen Stammes“ bezeichnet, die Zugehörigkeit zur unierten Kirche offiziell womöglich ignoriert und mit den Ziffern selbst ganz willkürlich verfahren. So meldete z. B. der Gouverneur von Siedlez (das später größtenteils zum neuen Gouvernement Cholm geschlagen wurde), 53,1 Prozent der Bevölkerung bedienten sich des Polnischen als ihrer Muttersprache, während 29,2 Prozent russisch (d. h. eigentlich ukrainisch) redeten. Zwei Jahre später, also 1909, berichtete derselbe Gouverneur, daß 22,7 Prozent Polen 62 Prozent Russen bzw. Ukrainern gegenüber stünden, um auf diese Weise den Absichten der Regierung gemäß die Abtrennung dieser Gebiete von Polen zu rechtfertigen. Mit derartig entstellten Zahlenergebnissen läßt sich schwerlich überzeugend wirken, sie sind aber charakteristisch für die Politik des Zarentums, wo stets der Schein und nicht das Sein maßgebend war. Immerhin bleibt jedoch das Faktum bestehen,

daß die überwiegend große Mehrheit der Bevölkerung von Cholm ukrainischen Stammes ist und daß die Lebensinteressen dieses Gebiets, trotz aller Verpolungs- und Katholisierungsergebnisse, der Ukraine zuneigen. Das erklärt denn auch die hierauf bezüglichen Abmachungen von Litauisch-Brest, durch welche das Gebiet von Cholm (d. h. die Gouvernements Lublin und Siedlez) der Ukraine zufielen, trotz der hier bestehenden engen Vermischung der polnischen mit der ukrainischen Bevölkerung und der ganz eigenartigen kirchlichen Verhältnisse. Hier hat sich nämlich die griechisch-katholisch-uniierte Kirche erhalten, nachdem sie unter Nikolai I. in den polnischen Gouvernements aufgehoben worden war. Trotz der feindseligen Haltung der russischen Regierung hatte sie hier ihre Lebenskraft bewahrt, sowohl der römischen als auch späterhin der sozialistischen Propaganda gegenüber, die ihr Bestehen erschwerten. Die Geistlichkeit der Unierten oder der Uniaten, wie sie gewöhnlich in Rußland genannt wurden, erhielt ihre Ausbildung im Seminar zu Cholm und darauf in der Geistlichen Akademie zu Warschau, stand daher unter polnischem Einfluß; sie wurden daher vielfach als Studierende „gente Rutheni, natione Poloni“ bezeichnet. Mit ihren polnischen Kommilitonen, bisweilen sogar im Familienkreise und in ihren Predigten bedienten sie sich vielfach der polnischen Sprache — das hat ihnen seitens ukrainischer Patrioten den Vorwurf zugezogen, ihre Nationalität verleugnet zu haben — im Gegensatz zu dem unierten Klerus in Galizien, der sich der nationalen Bewegung des „Ukrainismus“ mehr und mehr angeschlossen hat und der Polonisierung widerstrebt. Während letztere sich auch im geselligen Verkehr den polnischen Gutsbesitzern und Priestern fernhielten, standen die unierten Geistlichen des Cholmer Gebiets in durchaus freundschaftlichen Beziehungen zu ihren polnischen und katholischen Nachbarn, mit denen vereint sie der russischen Willkürherrschaft Opposition machten. Ihr Bildungsniveau mochte dadurch gewonnen haben, ihre Beziehungen zu ihren ukrainischen Gemeindegliedern mußten darunter

leiden. In der Folge entstanden nationale Gegensätze, die seitens der russischen Regierung dazu benutzt wurden, um einen erneuten Anschluß der Uniaten an die orthodoxe Staatskirche zu empfehlen und eine Verpolung des Cholmer Landvolkes zu verhindern. Das Kirchenpatronat der Gutbesitzer wurde aufgehoben. Die Uniatenklöster der Basilianer wurden geschlossen. Ebenso erging es den religiösen Kongregationen, die einen großen Einfluß auf die Landbevölkerung ausgeübt hatten. Der Bischof Johann Walinski von Cholm wurde nach Wjätka verbannt, weil er sich der „Purifikation“ des unierten Gottesdienstes, d. h. der Anpassung ihrer Liturgie an die der orthodoxen Kirche, widersetzt hatte. Einer seiner Nachfolger, Popiel, erwieb sich als ein gefügigeres Werkzeug für die Zwecke der russischen Regierung und dekretierte die Gleichmäßigkeit der Kirchenliturgie. Das Volk jammerte darüber, einige uniatische Geistliche versuchten sich dem zu widersetzen, aber die russische Polizei machte allem ein rasches Ende. Kaiser Alexander II. ließ bei seinem Besuch Warschaws im Jahre 1874 einer Cholmer Bauerndeputation sagen, sie möchten ihre religiösen Verirrungen aufgeben und den rechten Weg wandeln, d. h. sich der griechisch-orthodoxen Staatskirche anschließen. Um dieser „unangenehmen Geschichte“ ein Ende zu machen und eine etwaige Einmischung des „faulen Westens“ zu verhindern, wurde Bischof Popiel veranlaßt, eine andere Deputation bestochener Individuen nach Petersburg zu schicken, die um Aufnahme der unierten Cholmer Ukrainer in den Schoß der rechtgläubigen Kirche nachsuchten. Am 15. Mai 1875 fand darauf die „Wiedervereinigung der Uniaten des Cholmer Gebiets“ mit der orthodoxen Staatskirche statt. Popen, Tschinowniki und Kosaken wetteiferten mit den vom Bischof Popiel aus Galizien berufenen abtrünnigen unierten Priestern, um der Landbevölkerung mit Gewalt den „russischen Glauben“ aufzuzwingen. Mit Anwendung der Knute und mit Waffengewalt sollte sie in die orthodoxen Kirchen getrieben werden, sie aber leistete schweigend und hartnäckig passiven Widerstand. Das Blut dieser Märtyrer begann zu fließen, Tausende wurden auf „administrativem Wege“ nach dem fernen Osten verschickt, sie aber weigerten sich, ihre Ehen von den Popen einsegnen, ihre Kinder von ihnen taufen zu lassen oder aus ihren Händen das Abendmahl zu empfangen, und zogen es vor, die geheimen Gottesdienste in den Wäldern zu besuchen und sich von den dort versteckten Priestern der unierten Kirche einsegnen zu lassen. Die so vollzogenen Ehen galten als Konkubinat, ihre Kinder als illegitim — sie ertrugen das alles, andere aber fielen vom Glauben der Väter ab. Als 1905 der Toleranzukas erschien, wurde ihnen nicht gestattet, sich wieder der unierten Kirche anzuschließen. Um nicht weiter der verhassten „russischen“ Kirche zugezählt zu bleiben, traten viele Uniaten — zum Katholizismus über, da

dies offiziell zulässig war. Andere zogen es jedoch vor, offiziell der Staatskirche anzugehören, die gemeinsam mit den Regierungsorganen ihnen alle denkbare Unterstützung und Begünstigung zuteil werden ließ, sowohl in materieller als auch in politischer Beziehung. So kam es, daß die große Masse der ukrainischen Landbevölkerung von Cholm sowohl in kirchlicher, als auch in nationaler Beziehung russifiziert wurde. Wer der orthodoxen Kirche angehörte, der wurde eben ein Russe, der verlernte den Gebrauch seiner Muttersprache, dachte und sprach wie die Popen, die Tschinowniks. Es ist mithin verständlich, wenn in den statistischen Berichten der Gouverneure nur noch von Russen und Polen, von Orthodoxen und Katholiken die Rede war, offiziell gab es im Cholmer Gebiet weder Ukrainer noch Uniaten.

Als im Jahre 1915 die siegreichen deutsch-österreichischen Heere sich den Grenzen näherten, verließen sämtliche russischen Beamten, Regierungsorgane und Popen das Gebiet, nachdem es gründlich verwüstet und ausgeplündert worden war. Die gesamte orthodoxe Bevölkerung wurde gewaltsam gezwungen, gleichfalls das Gebiet zu verlassen, vermutlich, weil man fürchtete, daß die neuen orthodoxen Gemeindeglieder nach der Befreiung vom Gewissenszwange wieder zur unierten Kirche und zu ihrer ukrainischen Nationalität zurückkehren könnten. So kam es, daß in einzelnen Teilen des Gebietes der größte Teil der offiziell als „Russen“ bezeichneten Ukrainer verschwand, abgesehen von solchen, die sich in Wäldern und Sümpfen versteckten. Da die Katholiken, d. h. vorherrschend Polen, im Lande blieben, konnte später behauptet werden, daß alle Bewohner dieser Nationalität angehörten. Jetzt, wo die ukrainische Landbevölkerung des Cholmer Gebietes in ihre Heimat zurückkehrt, läßt sich wieder von ihrem numerischen Uebergewicht reden; immerhin bleibt die Frage aber eine komplizierte und sind die Verhältnisse nun so unklarer, als in kirchlicher Beziehung Veränderungen eintreten können, die auch die nationale Frage berühren. So, beispielsweise, eine Wiederbelebung der unierten Kirche im Cholmer Gebiet und dadurch entstehende Gegensätze zwischen den Nationalitäten. Die „Ukrainisten“ (wie Herr St. Smolka in seinem Buche „les Ruthènes et les problèmes religieux du monde russe“) die nationalistische Partei in der Ukraine nennt) haben das Gebiet von Cholm, als „Perle des alten Königreichs der Romaniden im XIII. Jahrhundert“, für ihren neugebildeten Staat reklamiert und in den Erlässen des Nationalen Generalrats darauf hingewiesen, daß in historischer und geographischer Beziehung Cholm zur Ukraine gehört, da die Majorität der Bevölkerung — teils orthodoxer, teils katholischer Konfession — dem ukrainischen Volksstamme angehört. Diese Erwägungen waren denn auch maßgebend für die auf diese Frage bezüglichen Bestimmungen des Friedens von Litauisch-Brest.

Zersetzung und Neugestaltung im Osten.

Von Hanns Dohrmann, Berlin-Charlottenburg.

Der Abschluß der deutsch-russischen Zusatzverträge hat die Verhältnisse im Osten vom Standpunkt der deutschen Politik aus insofern geklärt und bis zu einem gewissen Grade dauernd gestaltet, als eine Interessengrenzung, wenn man so sagen darf, stattgefunden hat. Die werdenden Randstaaten oder die Landstriche, die man gemeinlich so nennt, sind einerseits aus dem russischen Staatsverbande endgültig ausgeschieden und werden ihre fernere Entwicklung fortan unter deutschem Schutz und mit Rücksicht auf deutsche Wünsche nehmen müssen, während andererseits Rumpfrußland in Zukunft, nach Westen politisch und geographisch um diese Randstaaten verringert, den Begriff eines vielfach veränderten, aber in Bezug auf seine Grenzen und sein Machtgebiet nun — theoretisch und vertraglich wenigstens — endgültig fest-

gesetzten Staatswesens praktisch auszubauen und auszugestalten haben wird. Der Standpunkt deutscher Politik dieser neuen Lage der Dinge gegenüber interessiert uns hier ausschließlich; von diesem Gesichtswinkel der Betrachtung ausgehend, werden wir daher vorerst feststellen dürfen, daß die durch die Zusatzverträge geschaffene Interessengrenzung im russischen Osten unsere bisherige Politik in Bezug auf das einstige Rußland gewissermaßen — der Ausdruck ist vielleicht ein wenig ungewöhnlich, aber dennoch drastisch — zweiteilt: es gibt kein Rußland im Sinne der Zeiten vor dem Kriege und vor dem Brester Friedensschlusse mehr, und diese Tatsache haben die Zusatzverträge, sie mögen mit Majmalisten oder Anarchisten abgeschlossen worden sein — es kommt völkerrechtlich allein auf die augenblickliche Macht solcher Regierungen an —

nun endgültig legitimiert. Fortan wird unser tatkräftiges östliches Interesse dementsprechend nicht mehr daran gebunden sein, allein traditionelle „russische Politik“ zu machen, sobald es sich um politische Betätigung über die geographische Linie Memel-Kattowitz hinaus handelt, sondern es wird befähigt und gedrängt sein, eine stark differenzierte, ja, wenn es einmal nötig werden sollte, eine völlig unterschiedene Politik in Bezug auf das neue Großrußland einerseits und auf die Gesamtheit der entstehenden Randstaaten andererseits zu treiben. Unser politisches Ziel wird es dabei sein, in den Randstaaten der staatsrechtlichen Ordnung die Wege zu ebnen, damit sich dort die Verhältnisse rasch und normal konsolidieren, während eine Regelung und Befundung des zerrütteten russischen Staatswesens unser Interesse nur ganz bedingt und unter dem Winkel realpolitischen Egoismus' beanspruchen dürfte. Von diesem Standpunkt aus möchten wir tiefer in unseren Ausführungen über Zersetzung und Neugestaltung im einstmaligen Rußland ausgehen.

Der Zersetzungsprozeß, eine Folge im Grunde weniger der Revolution, als der Niederlagen im Kriege, ist in Rumpf-Rußland ohne Frage noch nicht abgeschlossen. Land und Volk Großrußlands liegen noch im Schüttelfrost und fieber einer der schwersten weltgeschichtlichen Krisen, und es wird wohl noch eine geraume Weile dauern, ehe selbst kraftvolle Gigantennaturen den Boden realpolitisch soweit wieder kultiviert finden werden, daß sich ein langsamer Wiederaufbau verwirklichen läßt. Die gegenwärtigen Inhaber der russischen Staatsgewalt, die Maximalisten, führen zurzeit ein strenges Regiment: den Terror als Mittel zum Zweck nicht scheuend, haben sie es vermocht, sich bisher gegen manchen wütenden Ansturm innerer und äußerer Feinde zu behaupten, und noch flattert über dem Kreml die rote Fahne der Räterepublik und die Räte herrschen noch in Städten und Dörfern Großrußlands, obgleich Lenin, von einer Attentäterkugel getroffen, schwer darniederliegt, die Tschecho-Slowaken mehr in bombastischen Heeresberichten Trotzki, denn in Wirklichkeit geschlagen sind und das drohende Gewölk am Horizonte des Maximalismus sich überhaupt eher verdichtet, denn hoffnungsvoll zerteilt. Aber ganz abgesehen von der Labilität einer Herrschaft, die den Terror zu ihrer Basis wählt, ist das ganze Wesen der maximalistischen Staatlichkeit doch provisorisch-phantastischer Natur. Utopien sind, schattenhaft ins Praktische umgewandelt, stets nur Experimente und als solche zu bewerten; normaleren Verhältnissen in einer Zeit, da der Frieden wieder einkehren wird, dürfte der Maximalismus daher nicht standhalten. Der Maximalismus hat sich als Provisorium bisher immer wieder gegen eine Schar von Feinden behauptet, von Feinden, die auch unsere Feinde sind; genannt seien nur die sozialrevolutionären Verschwörer, Kerenski mit seinem Anhang, die Tschecho-Slowaken, die japanischen Vertreter und im Bunde mit ihnen die Truppenteile und gedungenen Banden der Entente. Man wird außerdem nicht vergeßen dürfen, daß es die Maximalisten sind, mit denen wir den Frieden von Litauisch-Brest schlossen, und die sich entschlossen zu einer deutschen Orientierung bekamen, ehe noch, durch die bittere Schule der Erkenntnis gegangen, auch andere Männer und Parteien Rußlands sich im Sinne realpolitischen Erwachens aus einem Uebermaß von Gefühl zu einer Frontveränderung in mitteleuropäischer Richtung bekamen. Mit strenger Logik und Konsequenz sind die Maximalisten — die Doktrin ist überhaupt ihr hervorstechendster Charakterzug — ihrem Programm auch fernerhin treu geblieben, wie das in jüngsten Tagen der rasche und glatte Abschluß der Zusatzverträge bewiesen hat. Wie dem aber auch sei — unsere mit großen Schwierigkeiten kämpfende Ost-Politik wird sich der auf das Wirkliche gerichteten Erkenntnis, wie gesagt, nicht verschließen dürfen, daß selbst eine vorübergehende Stärkung der maximalistischen Stellung nicht als beginnende Konsolidierung großrussischer Verhältnisse aufzufassen ist, sondern daß der russische Zersetzungsprozeß un-

erbittlich weiter fortschreitet und über Nacht an Stelle des Leninischen Provisoriums sehr leicht ein neues Provisorium treten kann. Es fragt sich, welcher Art dieses wohl in absehbarer Zeit sein könnte. Voraussichtlich werden die Sozialrevolutionäre, die heute am fanatischsten Sturm gegen Lenin und sein Regiment laufen, seine nächsten Erben sein. In ihrer Gesinnung gegen Deutschland sind sie, abgesehen von hundert kleinen Einzelheiten, drastisch genug durch die Bluttat, verübt am Grafen Mirbach, charakterisiert. Aber sie dürften trotzdem im Sinne unserer Interessen keine Gefahr bedeuten. Der ganzen Struktur ihrer Partei entsprechend, eignen sie sich zu Trägern einer Staatsgewalt noch weniger als die Maximalisten, und die Zahl ihrer innerpolitischen Gegner ist Legion. Eine Armee gegen Deutschland ins Feld zu führen und damit das bis zur Erschöpfung kriegsmüde Volk in einen neuen Krieg zu stürzen, wird ihnen nimmer gelingen; dazu ist die russische Zersetzung denn doch schon viel zu weit fortgeschritten, und dazu hat denn doch der von den Maximalisten gesteckte Friedenskeim in den russischen Millionenmassen viel zu fest Wurzel gefaßt. Die Folge wäre demgemäß ein früher Sturz einer sozialrevolutionären Regierung und das Entstehen neuer Regierungs-Provisorien in Moskau, Petersburg oder sonstwo im auseinanderfallenden Rumpf-Rußland. Dennoch wird wohl jede neue russische Regierung mehr Aussicht haben, eine gewisse Stabilität zu erreichen, als eine sozialrevolutionäre: denn von den Minimalisten des sozialdemokratischen Lagers angefangen und in immer weiter nach rechts abbiegender Fortführung der Parteilinie bis hinauf zu der der ultra-reaktionären Monarchisten würde jede neue russische Regierung von den Verhältnissen dazu gezwungen werden, den Frieden von Litauisch-Brest wenigstens in seinen Grundzügen im Prinzip strikt anzuerkennen und eine Anlehnung an Deutschland zu suchen. Denn es sind nicht die Klügeleien und realpolitischen Erkenntnisse einzelner russischer Parteiführer allein, die behaupten, daß nach allem, was geschehen ist, der Wiederaufbau Rußlands, soweit dieser in absehbarer Zeit überhaupt denkbar ist, nur auf dem Wege einer Ausöhnung mit dem deutschen Sieger möglich erscheint; in ihrer bitteren Logik geradezu überwältigende Gründe politischer, militärischer, wirtschaftlicher und nicht zuletzt geographischer Natur diktieren jedem denkenden Russen das alleinige Gebot dieser Politik im deutschen Fahrwasser. Es erübrigt sich wohl, hinzuzufügen, daß sich in diesem Sinne in letzter Zeit die Symptome auffallend gemehrt haben. Im Zeichen der „Neuorientierungen“, die alle mit dem Pfeil nach Mitteleuropa weisen, stehen ja zurzeit parteipolitische russische Begriffe wie Miljutow, Monarchisten-Kongresse, Kadetten-Zusammenkünfte, Thronkandidaturen, Rodsianko, gegenrevolutionäre Abenteuer und ähnliches.

Aus alledem ergibt sich für die deutsche Politik Ru m p f - Rußland gegenüber ein gewisses politisches Desinteressement; wir sind durch die Verhältnisse nämlich in die Lage versetzt, abwartend zuzuschauen, welchen Lauf die Dinge drüben nehmen werden. Im Hinblick auf die Tatsache, daß die russische Gefahr, auf ein Jahrhundert hinausgeschoben, deshalb jedoch nicht für alle Zeit und Ewigkeit abgewendet ist, werden wir nicht sonderlich daran interessiert sein wollen, die russische Zersetzung aus altruistischen und sentimentalen Gefühlen heraus aufzuhalten; der Zusammenbruch Rußlands, der ein Werk unserer siegreichen Armeen ist, hat uns in die Lage versetzt, dem feindlichen Ansturm im Westen erfolgreich begegnen zu können. Eine Einmischung in innerpolitische russische Verhältnisse muß uns fortan im positiven wie im negativen Sinne fernliegen, wobei unter positiver und negativer Einmischung das Bestreben zu verstehen sein wird, den Russen weder zu helfen, noch sie zu schädigen. Unser politisches Desinteressement an Rußland dürfte freilich insofern eine gewisse Einschränkung erfahren, als wir selbstverständlich nicht dulden dürfen, daß unsere Feinde, die Entente, in Rußland jemals

wirtschaftlich oder politisch festen Fuß fassen und uns damit im Hinblick auf fernere Zeiten um die Früchte unserer Oststiege betrügen. Uns will jedoch scheinen, als ob eine solche Gefahr der wirklich dauernden Auffassung ententischer Machtfaktoren in Rußland bisher nicht zu beobachten sei; denn was bisher die Entente in leichenschänderischer Weise in Rußland unternommen hat, ist mehr Abenteuer und Raubbau als militärische Bedrohung und wirtschaftliche Durchdringung. Wird es auch gelten, die englisch-ententischen Abenteuer in Sibirien, bei Baku und in der arktischen Wüste um Archangelst durch Einwirkung auf die russische Räte-republik zu liquidieren und den deutschen Kaufmann auszusenden, dem englischen Räuber das Wasser abzugraben, so wäre doch jegliche Besorgnis, uns könnte im Osten neuerdings eine gepanzerte feindliche Front entstehen, zu zerstreuen.

Ganz anders liegen die Dinge in den dem deutschen Machteinfluß in diesem Kriege gewonnenen ehemaligen russischen Randgebieten, in Polen, Litauen, Kurland, Liv- und Estland, Finnland, in der Ukraine, in der Krim und im Kaukasus. Die drei letztgenannten Randstaaten stehen uns nicht nur geographisch am fernsten. Auch aus politischen und ethnographischen Gründen wird der deutsche direkte Machteinfluß in diesen Ländern nur ein kriegerisches Provisorium bleiben, ein Spielraum der deutschen Politik, auf dem wir, die Trümpfe in der Hand, die Drähte werden ziehen können, die den Osten Europas in einem gewissen Sinne von uns abhängig machen. Schon viel enger verknüpft mit unserem innerpolitischen Interesse ist die polnische Frage. Unter deutschem und österreichischem Schutz konsolidieren sich im neugeschaffenen Königreich Polen offenbar in diesen Tagen die Verhältnisse, und es liegt in unserem Interesse, daß das neue Königreich und der neue König eine militärisch und politisch möglichst enge Anlehnung an Mitteleuropa sucht. Die ganze Tatkraft unserer östlichen Politik aber wird, von Finnland, dem souveränen Staat, abgesehen, den nordöstlichen Randstaaten zu gelten haben, den drei Bestandteilen des litauischen Landes, dem Herzogtum Kurland und der noch nicht genau umschreibbaren Staateneinheit Liv- und Estlands. Gegenüber der Zersetzung in Rumpf-Rußland beobachtet hier der zusehende Zeitgenosse eine eifrige und vielversprechende Neugestaltung der Dinge auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens unter dem segensreichen Schutze deutscher Verwaltung. Die drei Länder wünschen keine Anlehnung an Deutschland, sie suchen um eine möglichst enge Angliederung an das Deutsche Reich nach. Die deutsche Politik wird daher die Neugestaltung und den Aufbau werktätig in eigenen Belange und im Sinne dieser eigenen Belange zu fördern haben. An die Angliederung dieser Länder an Deutschland knüpft die Bevölkerung der Deutschland neugewonnenen Gebiete große, ja in einzelnen Teilen der Einwohnerschaft geradezu himmelstürmende Hoffnungen. Positiv, Komperativ und Superlativ in den Gefühlen der litauischen und baltischen Bevölkerung in Bezug auf die deutsche Zukunft sind dabei verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die russische Vergangenheit auf den Ländern und Menschen schwer gelastet hat und weder politische noch wirtschaftliche Betätigung unter der Herrschaft russischer Willkür möglich war. All die Kräfte, die

vergebens zum Lichte drängten, fühlen nun den Trieb und Drang zu starker Äußerung. Mit dem Positiven ist stets das Negative verbunden; der deutschen Politik in Litauen und in den baltischen Ländern werden demgemäß wohl nicht nur Rosen blühen; auch manchem Dornen wird zu begegnen sein, manche Gegensätze nationaler Art wollen schon heute überbrückt werden, übermäßige Forderungen werden zu dämpfen, verständliche und erfüllbare nach und nach zu genehmigen sein. Der realen Vergangenheit Rechnung tragend, werden wir auf manche Eigenart der Länder, die sich aus ihrer russischen Vergangenheit ergibt, zurückgreifen müssen, um auf diesem Wege doch die Entdeutschung von Volk und Stimmung zu erreichen. In Zusammenhang von realpolitischer Erkenntnis für die unterschiedenen Grundstimmungen der Bevölkerungsschichten in Litauen und den baltischen Provinzen mit Strenge und Konsequenz, wird dem Drang der eingeborenen Einwohnerschaft nach Teilnahme am neuen Aufbau ihrer Länder weitgehend nachgegeben werden müssen. Und doch wird, wie schon einleitend betont worden ist, hauptsächlich das deutsche Interesse zu fördern sein. Denn dem wird sich auch die Bevölkerung der Randstaaten selbst nicht verschließen können, daß ihre Angliederung an das Deutsche Reich letzten Endes nicht ausschließlich eine Folge freier Willensäußerung ist, sondern daß das deutsche Volkstheer mit der Waffe in der Hand als Sieger über den russischen Koloß in jenen Ländern eingezogen ist und daher das faktische Recht des Siegers besitzt, an der Neugestaltung der Dinge zum mindesten mitzubestimmen. Wir nehmen an, daß diese Erkenntnis in allen Schichten der in Frage kommenden Bevölkerung zur Geltung kommen wird, je mehr sich dort die Verhältnisse nach den Stürmen des Krieges konsolidieren und je enger sich die Bande von hüben nach drüben knüpfen werden. Ein beiderseitiges Entgegenkommen in diesem Sinne wird den Prozeß der Neugestaltung und des Werdens beschleunigen. Um so mehr, als dieses positive Ziel des Werdens und Gestaltens dem Wunsche von hüben wie drüben entspricht.

So sehen wir denn auf den Trümmern des einstigen russischen Zarenreiches sich parallel zwei Prozesse abwickeln, den der Zersetzung in Rumpf-Rußland und den des Werdens in den Randstaaten. Und ist im Rahmen dieses Gegensatzes die deutsche Politik entsprechend dahin eingestellt, in dem einen Falle abseits zu stehen und in dem anderen werktätig zu unterstützen, so unterscheidet auch das Empfinden der Bevölkerung in den Randstaaten fortan unter dem großrussischen Begriffe einen Gegensatz zu seinem eigenen Dasein und seiner eigenen Zukunft. Es gibt in den Randstaaten fortan eine russische Vergangenheit ebenso, wie sich der Russe bald daran gewöhnen wird, in dem Wall der vom ehemaligen Zarenreiche abgetrennten westlichen Provinzen Staaten zu sehen, die mit ihm heute nichts mehr gemein haben; mit einem gewissen Neid mag er freilich zusehen, wie sich dort unter deutschem Schutze die Völker und Stämme anschieben, ihre Staatlichkeit neu auszubauen, während in seinem Heimatgebiete der Zusammenbruch noch weiter fortschreitet. Es entbehrt aber jedenfalls nicht eines gewissen Reizes, Zeitgenosse und Zeuge einer welthistorischen Periode zu sein, da dicht nebeneinander Neues wird und Altes vergeht.

Die tschecho-slowakische Bewegung.

Von R. Elves, Berlin.

Ueber die Ursprünge der tschecho-slowakischen Bewegung weiß man im allgemeinen herzlich wenig, und man ist im Grunde geneigt, auch die Umtriebe der Tschecho-Slowaken in Großrußland als ein unlösbares, geduldig hingenommenes Rätsel anzusehen, wie überhaupt so viele Erscheinungen der östlichen Politik in Mitteleuropa ohne viel

Nachdenken als Tatsache notiert und anerkannt werden. Tatsächlich ist die tschecho-slowakische Bewegung in Rußland keineswegs neuen Datums und nicht erst eine Erscheinung des gegenrevolutionären Kampfes gegen die Marxisten.

Bereits zu Ende des Jahres 1915 stellte sich der

siebzigjährige, zu Kriegsbeginn aus Oesterreich entflohene tschechische Abgeordnete mit dem freilich wenig tschechischen Namen Dürich an die Spitze jener österreich-ungarischen Gefangenen tschechischer Herkunft, die, teils, um ihr Gefangenelos zu erleichtern, teils aus nationalem Haß gegen die Doppelmonarchie und nationalistischer Begeisterung, in leichtfertiger Weise sich hochverräterisch Rußland zur Verfügung gaben und eine russisch-tschechische Legion bildeten. Aber solange Dürich die Bewegung leitete, geschah sie nicht, ja sie wurde, so seltsam das im ersten Augenblick klingen mag, vom russischen Staate unterdrückt. Dürich hatte nämlich intime Beziehungen zu dem damaligen Ministerpräsidenten Stürmer angeknüpft und ließ sich von diesem leiten: Stürmer fürchtete, die Intelligenz unter der tschechischen Legion könne in revolutionärem Sinne zersetzend auf die russische Soldatenmasse einwirken, und legte es Dürich daher nahe, die Tschechen möglichst hinzuhalten und mit Versprechungen abzuspeisen, jegliche Entwicklung der Legionen aber heimlich zu hintertreiben. In diesem Zustande verharrten die Dinge bis zum Ausbruch der Revolution. Da brachte dann das Erscheinen Masaryks, des bekannten Prager Gelehrten und national-tschechischen Politikers, der seine bedeutenden Werke über Rußland übrigens fast ausschließlich in deutscher Sprache geschrieben hat, weil er allein deutsch gelesen wurde, eine vollständige Ueänderung der Situation. Schon vor Ausbruch der Revolution hatte Masaryk Fühlung mit Kerenski genommen und mit diesem Politiker im Namen der Tschecho-Slowaken verhandelt. Aber Kerenski, damals, d. h. im Februar 1916, noch nicht Imperialist und Kriegswüterich in ententischem Solde, setzte Herrn Masaryk gewissermaßen vor die Tür; er erklärte ihm, übrigens in Uebereinstimmung mit den friedfertigen Reden, die dieser Politiker noch kurz vor Ausbruch der russischen Revolution in der Duma gehalten hat, er wolle nicht mit Leuten verhandeln, die dem Krieg neue Nahrung zutragen und die ihr eigenes Vaterland verraten. Der ehemalige Reichsdumapäsident Gutschkow, später Kriegsminister im Kabinett Kerenskis, verhielt sich zu Masaryks Anregungen von vornherein anders. Er unterstützte ihn, wo er irgend konnte, gegen Dürich und Stürmer, und als dann die Revolution ausbrach, versöhnte er den jäh gewandelten Kerenski mit Masaryk. Kerenski hat dann die Tschecho-Slowaken zu dem gemacht, was sie heute sind. — zu einer wohldisziplinierten Truppe mit einem inneren Zusammenhalt, der wohl darauf zurückzuführen ist, daß sich die Tschecho-Slowaken in der russischen Fremde von selbst eng aneinander schlossen. Den neugebildeten tschechischen Legionen gab Kerenski nun alle Freiheiten und Rechte, und tatsächlich waren es gerade die Tschechen, die bei der großen Julioffensive Brusilows im Jahre 1917 Hervorragendes leisteten. Kurze Zeit darauf wurden sie allerdings geschlagen und erlitten schwere Verluste: von einer Legion von 3500 Mann sind beispielsweise damals kaum 500 zurückgekehrt.

Es liegt in der Natur der Dinge, daß Masaryk gleich nach seinem Auftauchen in Rußland in scharfen Gegensatz zu Dürich trat. Durch Jahre hat er ihn bekämpft, bis es ihm schließlich gelang, die Verbindung zwischen Dürich und Stürmer aufzudecken. Die Enthüllungen hatten zur Folge, daß sich das Tschecho-Slowakenlager in zwei Parteien spaltete, eine Dürich-Partei und eine Masaryk-Partei. Dürich wurde jedoch bald so vollkommen diskreditiert, daß er 1917, seiner zaristischen Stützen beraubt, das Land fluchtartig verlassen mußte. Die Tschecho-Slowaken einigten sich schließlich zu einer Partei, an deren Spitze naheliegenderweise Masaryk trat. Im März 1917 trat in Kijiw der erste tschecho-slowakische Kongreß zusammen, der von 360 Delegierten besetzt wurde. Ein Drittel von ihnen waren tschechische Kriegsgefangene, die übrigen rekrutierten sich aus den Vertretern der in Rußland ansässigen tschecho-slowakischen Kolonisten. Der Kongreß machte sich einiges an, hat er doch in feierlicher Weise Deutschland und Oesterreich-Ungarn

im Namen des sehr problematischen tschecho-slowakischen Staates den Krieg erklärt und eine tschecho-slowakische Kriegsanleihe in der Höhe von 20 Millionen Rubel aufgenommen und ausgegeben. Auf den Anteilsscheinen dieser einzigartigen Kriegsanleihe waren die bezeichnenden größtensinnigen Worte zu lesen: „Haftbar für die Zahlung dieser Anleihe ist das gesamte Nationalvermögen des tschechischen Volkes in der Heimat.“

Als Kerntruppe der Armee Kornilows, des bekannten Gegenrevolutionärs und Widersachers nicht nur der Maximalisten, sondern vorher auch schon des Kerenskischen Regiments, hielten es die Tschecho-Slowaken natürlich in der Regel mit den gemäßigten Elementen des russischen Volkes, wenn nicht gar mit Monarchisten und Reaktionären. Aber in dieser Tatsache wandelte der maximalistische Umsturz im November 1917 mancherlei ganz bedeutend. Aus Opportunitätsgründen schlug sich nämlich fast die Hälfte der Tschecho-Slowaken auf die Seite der Maximalisten, verzichtete auf nationale Ideale und kämpfte fortan ausschließlich für rein sozialistische Bestrebungen. Die andere Hälfte wurde das Elitekorps der Gegenrevolution, der Anker und die Hoffnung nicht nur aller Gegenrevolutionären, sondern selbst der Entente, der jedes Mittel recht schien, der Regierung Lenins Schwierigkeiten zu bereiten. In diesem Sinne läßt die Entente den Tschecho-Slowaken reichlich Geldmittel zufließen. Freilich hat der goldene Strom nicht nur die Disziplin der tschechischen Legionen bedeutend erschüttert, sondern auch ihre nationale Geschlossenheit schwer geschädigt. Die Tschecho-Slowaken erhielten nämlich von Abenteurern unterschiedenster Nationalität enormen Zulauf, als es hieß, daß sie einen großen Sold bezögen. Und die Führer der Tschecho-Slowaken vermochten und wollten ihrerseits auch gar nicht diesem Zulauf begegnen; im Gegenteil — im fremden Lande als ein Häuflein tausend Gefahren ausgesetzt, mußten sie dafür sorgen, sich zu vermehren. So entstanden die heute so viel genannten tschecho-slowakischen Legionen, die im Grunde gar nicht mehr rein als solche anzusprechen sind. Während zu Beginn des Regimes der Maximalisten die Zahl der tschecho-slowakischen Legionäre nur etwa 3000 Mann betrug, wuchs ihre Stärke später rasch bis auf 17 000 Bajonette, und man wird nicht irre gehen, wenn man sie heute auf 20 000 Mann einschätzt. Kijiw und Odessa waren die Sammelpunkte der tschechischen Mobilisation, dann mußten die Herren Slowaken der in Südrußland einrückenden deutschen Armee weichen. Etwa um diese Zeit wurden die Legionen übrigens von einem Schlage betroffen, von dem sie sich heute freilich durch fremden Zulauf wieder erholt haben: der Litauisch-Brester Friedensschluß führte es nämlich unzähligen Tschechen endlich doch zu Gemüte, daß ihre Lage völkerrechtlich und moralisch eine recht verzweifelte sei. Die zu dieser Erkenntnis gekommenen Elemente kehrten daher schleunigst in die Kriegsgefangenenlager zurück und sind von dort mittlerweile vielfach, geheilt und reinig, nach Oesterreich zurückgekehrt.

Gewandte Darstellungen der Entente haben es zuwege gebracht, daß man die tschecho-slowakische Bewegung in Rußland zeitweilig für ernst hielt; selbst amtliche deutsche Stellen sind vorübergehend dieser Ansicht gewesen. Heute, beim näheren Hinschauen, erweist es sich jedoch — die bombastischen russischen Heeresberichte über maximalistische Siege im Kampfe mit Tschecho-Slowaken sollen dabei gar nicht maßgebend sein —, daß die Lage der tschechischen Fronteure eine überaus heikle ist. Auf Grund des Brester Friedensvertrages hat die maximalistische Regierung den Tschechen sehr loyal den freien Durchzug und Abzug aus Rußland in irgend ein Machtgebiet der Entente verweigert. So befinden sich denn die Tschecho-Slowaken im Grunde als ein kleines Häuflein weniger im Angriff, denn in der Notwehr und, um die Sache drastisch auszudrücken, in der Mausefalle. Gegenwärtig, am Ural konzentriert, lagern die Tschecho-Slowaken 8000 Kilometer weit vom Ziel ihrer

Wünsche, von Wladivostok, d. h. von ihrer Rettung und dem Auswege aus ihrer verzweifelten Lage. Es ist kaum anzunehmen, daß die Entente ernstlich bestrebt und auch in der Lage sein wird, dieses Häuflein herauszupauken. Dazu müßten Ententetruppen, in Betracht kämen wohl hauptsächlich Japaner, tief nach Rußland hinein vorstoßen. . . So bleibt denn den Tschecho-Slowaken für den Fall, daß

sie schließlich nicht doch aufgerieben werden, nur ein Ausweg: unter schwierigen Umständen und im höchsten Grade abenteuerlich, weiterkämpfend in der Fremde sich ihrer Haut zu wehren. Daß unter diesen Umständen das tschecho-slowakische Menschenmaterial vollkommen verwildern muß, liegt wohl auf der Hand.

Die Ernte und die Erfassung des Getreides in der Ukraine.

Von Otto Kefler.

Die Erfassung des Getreides in der Ukraine erfolgt in ähnlicher Weise wie im Deutschen Reiche. Nach einem Beschluß des Ministerrates, der Mitte Juli vom Hetman bestätigt wurde, gelangt das ganze Getreide der Ernte des Jahres 1918 in die Verfügung des Staates unter Abzug der Vorräte, die für die Ernährung und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Besitzer notwendig sind. Die übrigen Getreidevorräte müssen unverzüglich von den Besitzern zum Verkauf zu den von der Regierung festgesetzten Preisen dem staatlichen Getreidebüro in Kijiw, den Konsularen in den Gouvernements und den lokalen Agenturen angezeigt werden, denen die Regierung ausschließlich die ganze Versorgung mit Lebens- und Futtermitteln und Fetten übertragen hat. Die Grundbesitzer haben die Anbaufläche für die gegenwärtige Ernte für jede Getreideart getrennt anzumelden. Ferner das Vorhandensein und den Aufbewahrungsort von Vorräten aus früheren Ernten, die Anzahl der Personen, die auf Kosten des Besitzers ernährt werden müssen, die Zahl des in der Wirtschaft vorhandenen Viehs und Geflügels, die Angabe der Fläche, die für die zukünftige Ernte mit Sommer- und Winterfaat bebaut werden soll, und schließlich die Angabe der Getreidemenge und der Getreideprodukte, die der Wirtschaft für die angegebenen Bedürfnisse zu belassen sind.

Im Bereich dieser staatlichen Getreidebüros ist der Privatankauf von Getreide verboten. Das Hauptbüro in Kijiw erklärte die Ernte als eine mittlere und schätzt den Getreideertrag der Ukraine auf 940 Mill. Pud. Da der Bedarf der Landbevölkerung auf 620 Mill. Pud, der der städtischen Bevölkerung auf 220 Mill. Pud zu schätzen ist, so bleiben für die Ausfuhr noch 100 Mill. Pud übrig. Die staatlichen Getreidebüros haben bereits ihre Tätigkeit begonnen und kauften z. B. in Schitomir ca. 500 000 Pud Getreide, in Jekaterinoslaw 5 843 000 Pud auf. In Wolhynien geht der Getreideeinkauf ebenfalls zu festen Preisen erfolgreich vorwärts. Bei diesem Getreidebüro erschienen Vertreter von Bauern und haben, keine Requisitionen vorzunehmen, da sie die verlangten Getreidemengen liefern würden.

Das Studium der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage in der Ukraine ist augenblicklich infolge des vollen Fehlens zuverlässigen Materials äußerst schwierig. Dieser Umstand veranlaßt, sich Surrogatinformationen zu bedienen, falls diese, wenn auch nur ein wenig, Licht in das wirtschaftliche Leben des Landes bringen. In diesem Sinne sind die Berichte über die Ernte des Jahres 1918 interessant, die in der letzten Nummer des „Iswyestij Protofis“ (Nachrichten der Industriellen, Handels- und Finanzwelt) veröffentlicht werden. Das Journal sagt, daß es seine Nachrichten aus vollkommen autoritativer Quelle erhalten habe. Da jedoch, wie aus dem Text weiter ersichtlich ist, die Nachrichten vermittels des weitverzweigten Korrespondentennetzes gesammelt worden sind, und da es allgemein bekannt ist, daß „Protofis“ den Ministerkreisen nahesteht, hat man Grund, anzunehmen, daß die veröffentlichten Nachrichten den beim Ministerium fertiggestellten und für die Presse bestimmten offiziellen Mitteilungen, welche bis jetzt jedoch noch nicht herausgegeben sind, nahe verwandt sind.

Nach den Berichten des „Protofis“ ist die Saatfläche des laufenden Jahres im Vergleich zum Vorjahre insgesamt um 2,2 Prozent für Wintergetreide und 2,7 Prozent für Sommergetreide kleiner; in ihrer Eigenschaft ist die Ernte im allgemeinen untermittel. Die Wintergetreideernte ist annähernd mittel, Sommergetreide untermittel.

Besser geraten ist das Getreide in den nördlichen ukrainischen Gouvernements, schlechter in den südlichen.

Wenn man von den Berichten des früheren Landwirtschaftsministeriums über die Ernten der Jahre 1911–1915 ausgeht, so muß man konstatieren, daß das Durchschnittsergebnis aller ukrainischen Gouvernements pro Desjatine folgendes war: Roggen 41,6 Pud (Sommerroggen), Winterweizen 75,4 Pud, Sommerweizen 40,1 Pud, Hafer 50 Pud, Gerste 47 Pud. Diese Koeffizienten geben für die ganze Ukraine für die vier Hauptgetreidearten folgendes Resultat: Weizen 310 609 Tausend Pud, Roggen 232 058 Tausend Pud, Gerste 179 548 Tausend Pud, Hafer 112 872 Tausend Pud. Insgesamt ergibt die Ernte der Hauptgetreidearten annähernd 855 Mill. Pud.

Wieviel ist von dieser Getreidemenge für den Bedarf der Ukraine selbst notwendig? Diese Frage genau zu beantworten ist sehr schwer, doch sind die annähernden Zahlen folgende: Die Bevölkerung benötigt an Roggen etwa 171 Mill. Pud, Weizen etwa 216 Mill. Pud, Hafer 116 Mill. Pud, Gerste 166 Mill. Pud. Danach wäre der Bedarf der Bevölkerung an den vier Hauptgetreidearten in Ziffern ausgedrückt 670 Mill. Pud.

Wenn man von der Ziffer 855 Mill. der gesamten Getreideernte 670 Mill., die für das Volk nötig sind, abzieht, so verbleibt ein Rest von 185 Mill. Pud. Wenn man zu diesen Getreidearten noch die übrigen — Hirse, Buchweizen, Erbsen, Bohnen und Mais — hinzufügt, so verbleibt ein freier Rest von annähernd 180 Mill. Pud Getreideprodukte. Das ist der Betrag, den die Ukraine aus der Ernte 1918 wird ausführen können.

Doch muß man sagen, daß bis zur Ausfuhr noch schwere Probleme zu lösen sein werden, die Aufbringung und Verteilung des Getreides. Das Prinzip des freien Handels ist im Mai mit einem solchen Lärm proklamiert worden und verblühte, ohne aufgeblüht zu sein. Auch die Kompromißform des Syndikats Handels- und Industrieller Gruppen hat schon durch die Tat ihre volle Unfähigkeit gezeigt. Jetzt ist eine Regierungsorganisation gebildet worden, die aus dem Zentrum in Kijiw, den Gouvernementskontoren und Agenturen besteht. Vertreter der Öffentlichkeit werden zu dieser Sache nur mit beratender Stimme zugelassen, der ganze Verpflegungsapparat wird sich in bürokratischen Händen befinden. In diese Organisation werden Vertreter Deutschlands und Oesterreichs eintreten.

Der neue Regierungsapparat wird vor allem das Getreide von Bauern und Gutsbesitzern bekommen müssen. Dafür sind schon stark erhöhte Preise festgesetzt: 9,60 Rubel für Weizen (statt 6 Rubel) und 7 Rubel 50 Kop. für Roggen (statt 5 Rubel). Die Gutsbesitzer werden selbstverständlich durch diese Preise nicht befriedigt. Die landwirtschaftliche Sektion „Protofis“ setzte den Selbstkostenpreis für Weizen ungünstig gelegener Abschnitte der Gutsbesitzer auf 13 Ru-

bel 20 Kop., und an ungünstig gelegenen Abschnitten der Bauern auf 16 Rubel 02 Kop. fest. Wenn man hier noch 10 Prozent „für persönliche Mühe, Risiko und Kapital“ hinzufügt, so wäre der feste Preis nach der Meinung der Gutsbesitzer nicht auf 9,60 Rubel, sondern auf 17 Rubel 62 Kop. festzusetzen. Der Verpflegungsminister aber hat ausgerechnet, daß 6 Rubel für 1 Pud genügend sind. Wie wir sehen, hat die mittlere Meinung gewonnen und der Preis wurde auf 9 Rubel 60 Kop. festgesetzt.

Werden die Bauern auch zu diesem Preise kein Getreide hergeben? Die Grundursache des Widerwillens der Bauern, Getreide abzugeben, war und bleibt das Fehlen billiger Industrieerzeugnisse, welche das Dorf im Austausch gegen Getreide erhalten könnte.

Der Erfolg der Kampagne wird auf diese Weise davon abhängen, ob es der ukrainischen Regierung gelingt, mit den Mittelmächten und Rußland einen wirklichen Warenaustausch herbeizuführen, d. h. einen solchen Warenaustausch, der die Möglichkeit gibt, dem Dorfe im Austausch gegen Getreide Industrieerzeugnisse abzugeben.

Die zweite komplizierte Aufgabe, die dem neuen Verpflegungsapparat bevorsteht, ist die Verteilung des Getreides. Die Sache ist die, daß, wenn auch die Gesamtmenge des eingebrachten Getreides ausreichend ist zur Befriedigung des Bedarfs der ukrainischen Bevölkerung, doch nicht alle Ortschaften des Landes in dieser Hinsicht sich in einer solch günstigen Lage befinden. So z. B. wird in den Gouvernements Podolien, Wolhynien und Tschernigow das Nichteinbringen von Roggen, im Gouvernement Tschernigow außerdem noch das Nichteinbringen von Weizen beobachtet. Folglich kann man bei nicht genügend umsichtiger Verteilung folgendes Bild erhalten: daß das Getreide ins Ausland gehen wird, während einzelne ukrainische Gouvernements daran große Not leiden werden.

Im allgemeinen ist die Regulierung des Getreideaustandes der Ukraine im höchsten Grade wichtig. Wir haben gesehen, daß der Ukraine selbst für die Bevölkerung 670 Mill. Pud nötig sind und daß die Ausfuhr an diesem Getreide sich in der Ziffer von 165 Mill. Pud ausdrückt. Dieser Vergleich muß unbedingt beibehalten werden, da sonst außergewöhnliche Verpflegungsschwierigkeiten zu befürchten sind.

Außerdem ist es notwendig, jene Erscheinung zu regulieren, auf welche schon in der Sitzung des staatlichen Getreidebüros vom 12.—13. Juni hingewiesen wurde. Die Sache ist die, daß augenblicklich aus der Ukraine ins Ausland massenhaft Sendungen abgehen. Diese enthalten Mehl, Zucker, Speck, Reis usw. Nach den in Nr. 31 des Wiener Journals „Das interessante Blatt“ veröffentlichten Nachrichten gehen allein täglich nach Oesterreich 3000 solcher Sendungen. Das staatliche Getreidebüro hat in seiner Resolution bemerkt, daß diese Sendungen zu den Getreideladungen hinzugezählt werden müßten. Und das muß tatsächlich im Interesse der Bevölkerung getan werden, zum Zwecke der genauen Erfüllung der wirtschaftlichen Verträge.

Man muß immer daran denken, daß die Ernte untermittel ist und daß man unbedingt alle Maßregeln treffen muß, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen.

Was schließlich die Getreideausfuhr aus der Ukraine anbelangt, so sind bisher nach Mitteilung der „Ukrainischen Blätter“ 15527 Waggone geliefert. Der Minister Herbel ließ eine Untersuchung anstellen, um zu erfahren, bis zu

welchem Grade die Durchführung des Lebensmittel-Vertrages mit den Zentralmächten gedeihen ist.

Diese Untersuchung, die um Mitte August 1918 stattfand, ergab, daß bis zu diesem Termine insgesamt 6651 Waggone mit Lebensmitteln abgefertigt worden sind. Hierzu kommen 8676 Waggone, die durch die Mittelmächte selbst abtransportiert sind. Aus Deutschland wurden bis 27. Juli 1918 nach der Ukraine 14536 Waggone eingeführt, davon sind 13830 mit Kohlen, 2 mit Fetten und Ölen und 506 mit verschiedenen Waren beladen gewesen. Aus dieser Mitteilung ist zu ersehen, daß praktisch die Ukraine sich mit Kohlen aus dem Donez-Gebiet nur schwer versorgen kann. Eine interessante Nachricht sei hier beigelegt, nach der die Spezialkommission der Textil-Zentrale in Turkestan zu verhältnismäßig billigen Preisen 12 Mill. Pud Rohbaumwolle für die Ukraine aufgekauft hat.

Von größtem Interesse dürften die Mitteilungen des russischen Delegierten der ukrainisch-russischen Friedensverhandlungen Herrn Tch. Rakowski sein, die derselbe den Mitarbeitern verschiedener Kijwer Zeitungen gemacht hat. Rakowski konstatierte zu seinem Bedauern (15. 8. 18), daß das einzig greifbare Resultat der sich bereits drei Monate hinziehenden Friedensverhandlungen einzig und allein der teilweise Waffenstillstand an der nördlichen Front sei. Ferner die Wiederherstellung der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverbindungen, ferner der Vertrag über den beschränkten Warenaustausch in Höhe von 16—17 Mill. Rubel und die Errichtung der Konsulate. Die Verhandlungen sind demnach an den Fragen über die Grenzen, über den Handelsvertrag und über die Verteilung der Verpflichtungen und des Eigentums hängen geblieben.

In Betreff des Handelsvertrages kamen die Russen mit der ukrainischen Delegation zu dem Beschluß, mit Rücksicht auf die unbestimmte wirtschaftliche Lage eine provisorische Vereinbarung bis Ende Dezember 1919 zu beschließen. Voraussetzlich wird der russische Tarif des Jahres 1904 als provisorische Richtschnur dienen.

Eine große Meinungsverschiedenheit besteht in der Frage der Verteilung der Verpflichtungen und des Eigentums. Am strittigsten ist die Frage über den Zeitpunkt, bis zu welchem sich die Ukraine für die allgemein russischen Verpflichtungen für verantwortlich hält. Noch schärfer ist der Streit über das staatliche Vermögen. Die ukrainische Delegation schlägt die Teilung alles staatlichen Besitzes im gesamten russischen Territorium vor: Die Bergwerke von Altai und des Ural, die sibirischen Waldreichtümer, die Bakuer Naphthaquellen, die Plantagen in Turkestan und die Natureichtümer sollen als ein unveräußerlicher Bestandteil des betreffenden Gebietes angesehen werden, bei welchem sie verbleiben oder mit welchem sie zusammen übergehen.

Auch die Frage der Grenzen hat trotz 20 Sitzungen keine greifbare Form für eine Beschlußfassung angenommen. Die Russen wünschen als Grundlage die ethnographische Grenze laut Statistik des Jahres 1897 zu nehmen, während die Ukraine auf der Ausschließung der städtischen Bevölkerung der Grenzorte besteht und vorschlägt, daß die ethnographische Zugehörigkeit nur nach dem Bestande der ländlichen Bevölkerung zu zählen sei. Rakowski hofft, daß die Vernunft und die Mäßigkeit besonders mit Rücksicht auf die verwickelte internationale Lage die Oberhand gewinnen und daß ein Friedensabschluß erreicht werden wird, nach welchem sich das ukrainische wie das russische Volk gleichmäßig sehen.

Alt-Dorpat und die Russen.

Von Arthur Luther.*)

Was die Universität Dorpat einst für das baltische Deutschtum bedeutete, ist allbekannt. Aber wäre Dorpat

nichts weiter gewesen, als die baltische Landesuniversität, so hätte man dem russischen Staat eine gewisse Berechtigung

*) Dieser Aufsatz gibt in gedrängter Kürze den Inhalt eines vom Verfasser in Leipzig gehaltenen Vortrags wieder, der demnächst in stark

erweiterter Fassung als Band 32 der „Baltischen Bücherei“ im Verlag Fritz Würz, Berlin-Steglitz und Riga, erscheinen soll.

nicht absprechen können, jenes „Reformwerk“ vorzunehmen, das den Baltien als Vernichtungswerk erschien. Denn bei dem allgemeinen Mangel an Bildungsanstalten in Rußland konnte es wirklich als unzulässiger Luxus erscheinen, wenn für einen verhältnismäßig geringen Teil der Bevölkerung eine eigene Hochschule aus staatlichen Mitteln unterhalten wurde. Es sei denn, daß die kulturellen Wirkungen dieser Hochschule eben nicht nur dem einen Landesteil, sondern dem ganzen Reich zugute kamen. War das nun in Dorpat der Fall?

Hundertzehn Jahre Dorpater Chronik geben die Antwort auf diese Frage: die deutsche Universität Dorpat war ein mächtiger Kulturfaktor nicht nur im Leben der baltischen Provinzen, sondern des ganzen russischen Reiches. Die russische Universität Jurjew war eine ärmliche Provinzialuniversität ohne jede kulturelle Bedeutung.

Als Kaiser Alexander I. im Jahre 1802 die soeben von der Ritterschaft ins Leben gerufene Universität zur staatlichen Anstalt erhob, bezeichnete er als ihre Aufgabe „die Erweiterung der Kenntnisse in unserm Reiche“ und sprach die Hoffnung aus, daß sie „für ewige Zeiten unserm Reiche, besonders aber den Provinzen Liv-, Est- und Kurland“ von Nutzen sein würde. Die Universität war also von Anfang an als Reichsuniversität gedacht, und das um so mehr, als Rußland, wenn man von der polnischen Universität in Wilna absteht, damals nur eine einzige Universität — Moskau — besaß. Erst 1804 folgten Charkow und Kasan, 1810 Petersburg. Daß die „Fremdvölker“ vor den Russen an die Reihe kamen, erklärt sich daraus, daß die kulturell höher stehende Bevölkerung der Provinzen eine Hochschule weit eher nötig hatte. Wenn die Universität Dorpat in ihrem ersten Jahre 46 Studenten zählte, so ist das nach den damaligen Verhältnissen eine sehr hübsche Anfangsziffer. Bemerkenswert aber ist die rasche Zunahme der Frequenz in den ersten Dorpater Jahrzehnten: 1821 betrug die Zahl der Studenten schon 309, also 6,5 mal mehr, als 1802. Von da ab verlangsamte sich das Tempo: 1864 hatte Dorpat 560 Studenten. Von diesen stammten 106 aus dem Innern Rußlands, sie machten also etwa 29 Prozent der Gesamtzahl aus, und es ist interessant, daß dieses Verhältnis von den dreißiger Jahren an bis zur Russifizierung fast unverändert geblieben ist.

Daß die Vorlesungen in Dorpat deutsch gehalten wurden, ward damals von den Russen durchaus nicht für anstößig, geschweige denn staatsgefährlich angesehen. Man war das ja schon von Moskau und Kasan her gewöhnt. Auch dort waren die meisten Professoren Deutsche, die entweder in ihrer Muttersprache oder lateinisch dozierten und denen gegenüber die Dorpater Kollegen nur den Vorzug hatten, ein Auditorium vor sich zu haben, von dem sie verstanden wurden.

Ueber den Geist, der in Dorpat herrschte, als Klinger Kurator und Georg Friedrich Parrot Rektor war, berichtet ein Zeitgenosse, Dr. Karl Seidlitz, in seiner Biographie des russischen Dichters Shukowskij: „Den Mangel und die Unvollkommenheit der materiellen und geistigen Mittel ersetzte vorerst eine alles durchdringende jugendliche Bildungskraft, welche aus rohem Material dennoch Keime hervorzulocken versteht, denen die Fähigkeit der Fortentwicklung oft in höherm Maße auf den Weg gegeben ist, als spätern Produkten der Anstalt.“

Eben dieser Geist war es, der den damals in Dorpat studierenden Russen imponierte. Hier lernten sie überhaupt erst kennen, was akademisches Leben ist. Nicht allen ist es freilich gut bekommen. Einer der begabtesten russischen Dichter, Jastkow, der Freund Puschkins, ist zum Teil an Dorpat zugrunde gegangen. Acht Jahre, von 1820 bis 1828, war er Student in Dorpat und verließ die Universität schließlich, ohne auch nur eine Prüfung bestanden zu haben, denn es war ihm all die Zeit mehr um das fröhliche Burschenleben, als um die Wissenschaft zu tun gewesen. Aber dieser

immerlich haltlose Mensch wäre auch anderswo von seinem Geschick ereilt worden, und Dorpat wirft noch einen gewissen verklärenden Schimmer auf ihn, denn gerade aus seinen Dorpater Gedichten spricht eine sprudelnde jugendliche Fröhlichkeit, wie sie in der russischen Lyrik sehr selten zu finden ist.

Aber die russische Literatur hatte zu derselben Zeit auch noch einen würdigeren Vertreter in Dorpat, nämlich Shukowskij, den „Vater der russischen Romantik“, den Uebersetzer Schillers, Hebels und Uhlands. Shukowskij hat nicht in Dorpat studiert, er hielt sich in Dorpat nur als Gast im Hause seines Verwandten, des russischen Professors Wojekow, auf. Mit den deutschen Professoren, vor allem Parrot und dem Theologen Lorenz Ewers, den er in einem sehr schönen Gedicht gefeiert hat, verband ihn innige Freundschaft, und 1816 leistete der russische Dichter der deutschen Universität einen großen Dienst. Es hatte sich nämlich herausgestellt, daß der Dekan der juristischen Fakultät mehrmals Promotionen vorgenommen hatte, ohne die nötigen Formalitäten einzuhalten, dafür aber gegen sehr gute Bezahlung seitens der Doktoranden. Als die Sache an den Tag kam, legte Klinger sein Amt als Kurator nieder, und der russische Kultusminister drohte mit völliger Schließung der Universität. Hier setzte sich nun Shukowskij, der schon damals sehr gute Beziehungen zum Zarenhofs hatte, für die Universität ein, und seiner Fürsprache ist es, neben dem großen persönlichen Einfluß des Rektors Parrot auf den Zaren, wohl in erster Linie zu danken, daß die Universität weiter bestehen konnte.

Unter Klingers Nachfolger, dem Kurator Fürst Lieven, beginnt nun die Blütezeit Dorpats, der sich etwa ein Jahrzehnt später eine ähnliche Blüte der russischen Universitäten anreihet, und zwar besteht in diesem Fall das „post hoc, ergo propter hoc“ zu Recht. Denn ihre Blüte verdanken die russischen Universitäten vor allem dem Umstande, daß nun nicht mehr Ausländer auf dem Katheder standen, deren Sprache der russische Student kaum verstand, sondern einheimische Gelehrte, die, mit dem ganzen Rüstzeug der europäischen Wissenschaft ausgestattet, keinen heißeren Wunsch hatten, als ihrem Vaterlande nützlich zu sein.

Das wissenschaftliche Rüstzeug aber hatte sich diese erste Generation russischer Gelehrter — aus Dorpat geholt. 1827 war dort auf Anregung Parrots ein „Professoreninstitut“ geschaffen worden, in dem hervorragend begabte Absolventen russischer Universitäten für die akademische Laufbahn vorbereitet werden sollten. Das Institut, das aufs engste mit der Universität verknüpft war, bestand bis 1838 und rechtfertigte die Erwartungen seiner Begründer vollkommen. Dorpat wurde dadurch zu einem Kulturfaktor ersten Ranges für ganz Rußland.

Von Zöglingen des Dorpater Instituts seien hier nur genannt: der Moskauer klassische Philologe Krjukow, der Rechtsphilosoph Redkin (ebenfalls in Moskau), der Schöpfer des Petersburger botanischen Gartens Kutorga, und vor allem der genialste Russe, der jemals in Dorpat studiert hat, der weltberühmte Chirurg Nikolaj Pirogow, dessen köstliche Lebenserinnerungen uns ein ungemein ansprechendes farbenreiches Bild des Lebens und Treibens an der Alma Mater Dorpatensis entrollen.

Aber nicht nur die bedeutendsten russischen Gelehrten verdanken ihre Bildung zu großem Teile Dorpat, auch von den baltischen und den deutschen Gelehrten, die in Dorpat studierten oder lehrten, gingen viele später nach Rußland und wirkten hier zum Ruhme ihrer alten Universität. Es sei nur an Karl Ernst von Baer erinnert, den großen Naturforscher, ferner an die „Astronomendynastie“ der Struves, deren Ahnherr, der 1793 in Altona geborene Georg Wilhelm Struve, die berühmte Sternwarte Pulkowo bei Petersburg schuf und sie zur „astronomischen Residenz der Welt“ machte. Sein Enkel, Geheimrat Herrmann Struve, ist heute Direktor der Berliner Sternwarte.

Vor allem aber verdankt Rußland der medizinischen Fakultät Dorpats ungemein viel. Die Zahl ihrer Absolventen die bis 1865 in Rußland tätig waren, betrug rund 375; davon wirkten nicht weniger als 35 als Professoren an innerrussischen Universitäten.

Interessant ist auch die Tatsache, daß auch die russische Geschichte in Dorpat durch deutsche Gelehrte, und zwar ausgezeichnet, vertreten war. In den ersten Jahrzehnten vertrat Gustav Ewers das Fach — Shukowskij weiß in seinen Briefen sehr viel Hübsches von ihm zu erzählen —, unmittelbar vor der Russifizierung Alexander Brückner. In ihm fand die Kulturmission Dorpats vielleicht ihren typischsten Ausdruck: die Mission nämlich, Vermittler zu sein zwischen deutschem und russischem Geisteswesen. In dem Brückner in seinen russisch geschriebenen Arbeiten die Methoden deutscher Geschichtsforschung systematisch anwandte, in seinen deutschen Schriften aber die ausländischen Fachgenossen mit den Ergebnissen russischer Forschung bekannt machte, diente er beiden Völkern zugleich in vorbildlicher Weise.

Man sollte nun meinen, die Leiter des russischen Staates hätten froh sein müssen, eine Hochschule zu besitzen, die gerade durch ihre besondere Art dem Staat von so großem Nutzen war. Aber nichts dergleichen. Die Opposition gegen das deutsche Dorpat ist fast ebenso alt, wie die Universität selbst.

Anfangs richtete sich diese Opposition freilich nicht so sehr gegen das Deutschtum an sich, als vielmehr gegen das größere Maß akademischer Freiheit, dessen sich Dorpat im Vergleich zu den russischen Universitäten erfreute. Das Wartburgfest und die Ermordung Kozebnes hatten die deutschen Hochschulen in den Augen der russischen Reaktionen in Mißkredit gebracht, und man fürchtete, die russischen Universitäten könnten zu ähnlichen „Revolutionsherden“ werden, wenn man ihre Organisation zu sehr der deutschen anglich. Man wollte sie lieber nach französischem Muster zu reinen Fachschulen ausgestalten. Unter Nikolaus I. wurde den Universitäten das Recht genommen, Rektoren und Dekane selbst zu wählen, die Dozenten mußten Vorlesungen und Uebungen nach vorher genau bis ins einzelne festgelegten Plänen abhalten und nichts zur Sprache bringen, „was mit der Lehre der orthodoxen Kirche oder der Regierungsform und dem Geiste der Staatseinrichtungen nicht übereinstimmt“. Und „angesichts der verwerflichen Entwicklung, die die Philosophie neuerdings bei den deutschen Gelehrten genommen“, wurde angeordnet, daß dieses Fach nur noch von griechisch-orthodoxen Theologen „im Einklang mit den Wahrheiten der göttlichen Offenbarung“ vorgetragen werde. Man male sich das Bild nur aus: auf dem Lehrstuhl der Philosophie an der deutschen Universität ein russischer Pope!

Nach und nach aber kommen zu den politischen Motiven auch nationale. Schon der Unterrichtsminister Uwarow, von dem das berühmte Schlagwort von der Autokratie, Orthodogie und slawischen Nationalität als den Grundpfeilern des russischen Staates stammt, fand bei seinem ersten Besuch in Dorpat 1855, daß die Universität zwar einen hervorragenden Platz unter den Hochschulen des Rei-

ches einnehme, daß aber die russische Sprache nicht die genügende Achtung genieße.

Am liebsten hätte er die Universität sofort russifiziert. Aber er sah doch ein, daß es unmöglich sei, die Deutschen „im Fluge zu packen“. Man müsse einen Belagerungskrieg gegen sie führen.

Zu diesem Zweck dachte er zuerst die Gymnasien zu russifizieren. Kämen die jungen Leute dann mit genügenden Kenntnissen des Russischen auf die Universität, so hätte die deutsche Vortragsprache gar keine Daseinsberechtigung mehr. Man müßte sie Schritt für Schritt durch die russische verdrängen, indem alle frei werdenden Lehrstühle nur noch an Russen vergeben würden.

Man sieht, daß Uwarow immer noch weit vorsichtiger und vernünftiger zu Werke zu gehen gedachte, als die späteren Russifikatoren. Auf das einfachste Mittel, das Interesse für die russische Sprache in Dorpat zu heben, versiel er freilich auch nicht: nämlich den Lehrstuhl für russische Sprache und Literatur nur Gelehrten ersten Ranges anzuvertrauen. Von den Herren, die in Dorpat dieses Fach vertraten, erzählen die zeitgenössischen Memoiren die tollsten Geschichten. Die russische Regierung hat es eben immer glänzend verstanden, die „richtigen Leute an den richtigen Platz zu stellen“.

Das zeigte sich am deutlichsten, als 1895 die Schicksalsstunde schlug und aus dem deutschen Dorpat das russische „Jurjew“ wurde. War die Umgestaltung der Universität im allgemeinen Staatsinteresse wirklich berechtigt, so doch nur, wenn das Neue, das an Stelle des guten Alten kam, besser oder doch mindestens ebenso gut war. Unwillkürlich denkt man daran, wie es Deutschland ist in Straßburg machte, wo die bedeutendsten deutschen Gelehrten für die neu erstehende Hochschule gerade gut genug schienen. Wie aber ging es in Jurjew zu? Es gab wohl unter den neuen Männern etliche harmlose Seelen, die Mehrzahl aber waren Streber, die nicht Wissenschaft, sondern Politik trieben, oder Schiffbrüchige, die sonst nirgends vorwärts kommen konnten. Mußte man doch schließlich Leute ohne akademische Grade zu „stellvertretenden Professoren“ ernennen. Natürlich hätten sich auch in Rußland Magister und Doktoren finden lassen — so arm war das Land denn doch nicht —, aber wer etwas auf sich hielt, zog eine Privatdozentur in Moskau oder Petersburg einem Jurjewer Ordinariat vor.

Kein Wunder, daß die baltischen Studenten, die die wirkliche russische Wissenschaft kennen lernen wollten, lieber nach Moskau oder Petersburg gingen. Für die Studenten aus dem Innern des Reiches hatte die weite Reise nach Dorpat aber erst recht keinen Reiz, seit man da nichts anderes, ja sogar noch weniger finden konnte, als in Charkow oder Kasan. So mußte man schließlich, um die Hörsäle irgendetwas zu füllen, den Besuch der Universität Jurjew den halbgebildeten Absolventen der geistlichen Seminarien gestatten. Und damit gewann auch die Studentenschaft Dorpats ein ganz neues Aussehen. Die deutsche evangelisch-theologische Fakultät wirkte nur noch als Anachronismus.

Heute nun ist die lange Leidenszeit Dorpats zu Ende. Möge der alten Hochburg deutschen Geistes im Osten eine ebenso glanzvolle Wiedergeburt beschieden sein, wie ihrer ältern Schwester an der deutschen Westmark — Straßburg!

Die Zukunft Liv- und Estlands.

Von Johannes von Eckardt-Berlin.

Getreu unserer Anschauung, daß dem Hauptproblem durch möglichste Objektivität am besten gedient ist, gewähren wir den nachstehenden Ausführungen unseres geschätzten Mitarbeiters J. von Eckardt über die Zukunft Liv- und Estlands Aufnahme in unserem Blatt, obgleich wir in Bezug auf die Frage der Bildung eines „baltischen Staates“ ganz gegenteiliger Ansicht sind als der Verfasser. Es würde wohl zu weit führen, im Rahmen dieses kurzen redaktionellen

Vorwortes unseren Standpunkt ausführlich darzulegen und vor allem zu begründen. Wir beschränken uns daher darauf, festzustellen, daß wir Livland und Estland eine ähnliche Zukunft wünschen, wie sie für das Herzogtum Kurland vorgesehen ist: ein im Rahmen der besonderen Verhältnisse in den Ostseeprovinzen unvermeidliches militär-politisches Provisorium und in fernerer Zeit eine nahe Angliederung an das deutsche Mutterland, die jede utopische „Staatenbildung“

oder „Autonomie“ von vornherein — im Interesse des Deutschen Reiches, wie Liv- und Estlands — ausschließt. Wir wissen, daß im Worte Provisorium viel Unerfreuliches mitschlingt. Aber aus ungezählten Gründen politischer, nationaler, wirtschaftlicher und militärischer Art erscheint uns dieser Weg über ein Provisorium zur dauernden Angliederung doch als der einzig gangbare, wenn die deutsche Politik nicht auf die Früchte deutscher Siege im Osten und Liv- und Estland nicht auf die letzte Gelegenheit verzichten will, ein für allemal sich mit dem westeuropäischen Kulturkreis zu verschmelzen.

Die Schriftleitung.

Sich nicht ein Urteil über die Vorgänge des Lebens zu bilden, dem Guten und Bösen kritiklos gegenüberstehen — ist ein Zeichen von Minderwertigkeit. Dennoch wird es dem Deutschen oft verübelt, wenn er an den politischen Vorgängen unserer Tage Kritik übt, wenn er, beispielsweise, über die Einzelheiten des Friedens von Brest-Litowsk und über die Gestaltung der Dinge im Osten kritische Bedenken zum Ausdruck bringt. Das sollte man ruhig geschehen lassen, um zu vermeiden, daß einseitige nationale, soziale und wirtschaftliche Interessen die Gestaltung des Ostproblems beeinflussen. Gerade weil es sich um Aufgaben handelt, die noch vor wenig Jahren für die deutsche Staatsleitung gar nicht in Frage kommen konnten, sollten diese Aufgaben allseitig beleuchtet, erwogen und in der Presse besprochen werden, damit verhängnisvolle Irrwege vermieden blieben. Ueber einzelne Punkte unserer Ostpolitik beginnt man jetzt im Widerstreit der Meinungen sich klar zu werden, so z. B. über die Notwendigkeit, die militärische Besetzung Litauens, der Ukraine und der Ostseeprovinzen so lange dauernd aufrecht zu erhalten, bis die Ordnung in diesen Gebieten und das Deutschtum im Baltikum sicher gestellt sind. Das ist nicht nur eine militärische, sondern auch eine politische Notwendigkeit, die nicht erst bewiesen zu werden braucht, außerdem eine nationale Ehrenpflicht gegenüber dem Deutschbaltentum. Als weitere Grundlagen für eine endgültige Gestaltung der Verhältnisse im Baltikum müssen angesehen werden: Wahrung des historischen Zusammenhanges der beiden Provinzen Liv- und Estland, Ordnung der Agrarverhältnisse nach dem Vorbilde Kurlands, wo ein Drittel der Ländereien der Rittergüter an Bauern verkauft werden muß, Regelung der wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen zu Deutschland und Rußland, endlich Gleichstellung der diese Gebiete bewohnenden Völkerschaften und Aufrechterhaltung der deutsch-baltischen Kulturerrungenschaften bei selbsttätiger Entwicklung lettischen Volkstums in Schul- und Gemeindeverwaltungen. Man sollte meinen, daß auf Grund derartiger Festsetzungen sich doch schließlich eine erträgliche Lebensgestaltung für die Ostseeprovinzen herbeiführen ließe, wenn nicht politische, nationale und soziale Gegensätze vorhanden wären, deren Ueberwindung sehr schwierig, ja vielleicht unmöglich ist. Eine direkte Angliederung dieses Gebietes, wo etwa vier Fünftel der Bevölkerung anti-deutschen, lettisch-nationalistischen oder kommunistisch-sozialistischen, ja selbst bolschewistischen Tendenzen zugeneigt ist, eine direkte Angliederung an das Deutsche Reich, würde weder der Reichsregierung noch dem Reichstage erwünscht erscheinen. Bei einer Personalunion mit Preußen, wie Kurland sie eingegangen ist, würde unter dem Druck der bürokratischen Staatsgestaltung das lettische Volkstum immer neue Nahrung seines Deutschenthums finden. Es bleibt daher nichts übrig, als an ein Staatsgebilde zu denken, das, militärisch und wirtschaftlich Deutschland angegliedert, seine inneren Angelegenheiten selbständig regelt durch eine Landesvertretung, bei deren Wahl die Majorität, d. h. das Lettentum, ausschlaggebend wäre. Damit wäre dann aber das Deutschtum im Baltikum in seiner Entwicklung, ja vielleicht sogar in seinem Fortbestehen aufs neue bedroht. So bewegt sich also auch dieses Projekt in einem circulus vitiosus. Es ist daher begreiflich, wenn gewisse Politiker als letzten Ausweg eine rücksichtslose Germanisierung der Ostseeprovinzen empfehlen. Auf diesem Standpunkte stehen einige maßgebende

Personen der livländischen Adelspartei und der konservativen Kreise der Einwohnerschaft Rigas, die gegenwärtig sich eines starken Einflusses erfreuen. Andere, als liberal bezeichnete Deutschbaltentum, und eine lettische Gruppe von meist akademisch gebildeten und besitzenden Letten (von ihren radikalen Volksgenossen als „Bourgeois“ bezeichnet) neigen einer Versöhnungspolitik zu, werden aber — wie alle Mittelparteien — von rechts und links angefeindet und finden keine Unterstützung, weder in Regierungskreisen noch in der großen Masse des lettischen Volkes. Letzteres steht unter der Leitung radikaler, mehr oder weniger sozialistischer Führer, haßt in seinen deutschen Mitbewohnern vor allem den Großgrundbesitzer, fordert von diesem Land (womöglich unentgeltliche Landverteilung) und erwartet die Gründung eines lettischen Staates (Latwiga), einer von den Großmächten (d. h. wohl von der Entente) garantierten Volksrepublik. Also auch hier unversöhnliche Gegensätze, einander widersprechende Forderungen. Sollte unter solchen Umständen eben nichts übrig bleiben, als auf den alles heilenden Einfluß der Zeit zu hoffen und sich mit dem Fortbestande eines Provisoriums auszusöhnen, so drückend dieses für die Bewohnerschaft sein mag, so hemmend es auf die Landwirtschaft, den Verkehr und den Handel einwirken mag?

Das wäre wohl der schlimmste aller Auswege. Das würde uns der letzten Reste jener Sympathie berauben, mit denen wir anfangs als Befreier begrüßt wurden, das hieße eine Stimmung unter den Randvölkern verlängern, deren Folgen für Deutschland nur verderblich sein können.

Es gilt daher, unter den Uebeln das kleinste zu wählen und einen Ostseestaat zu schaffen, der, militärisch und wirtschaftlich dem Reich angegliedert, seine inneren Angelegenheiten selbst verwaltet und durch wechselseitige Konzessionen die schroffen nationalen, politischen und sozialen Gegensätze zu beseitigen versucht. Dazu gehört viel Behutsamkeit und eine leidenschaftslose Unparteilichkeit, die sowohl den Deutschbaltentum, als den Letten noch fehlt, da sie beide politisch noch nicht gereift sind. Die deutsche Staatsleitung wird sich daher nicht der schwierigen Aufgabe entziehen können, in den Ostseeprovinzen die Rolle des beruhigenden Erziehers und politischen Lehrmeisters in möglichst rücksichtsvoller Form beizubehalten. Daß sie sich dabei mitunter einer unbequemen Kritik aussetzen wird, ist nun einmal unvermeidlich und muß mit Ruhe hingenommen werden. Der erste Schritt, um eine solche Uebergangslage zu schaffen, ist bereits getan: Liv- und Estland erhalten eine Zivilverwaltung. Das kann dazu beitragen, in der Bevölkerung die Empfindung zu erwecken, daß ihre Heimat nicht mehr als erobertes Gebiet behandelt werden wird, daß die Zeit wirtschaftlicher Ausbeutung ein Ende hat und an Stelle militärischer Monopolisierung das Erwachen eigener Produktionskraft tritt. Ferner sollte den lettischen und estnischen Parteien mehr Berücksichtigung zuteil werden, als bisher; einzelne unter ihnen — wie z. B. die lettische Volkspartei und deren Leiter, Redakteur Weinberg, ferner die von dem Rechtsanwalt Krastkaln geführte lettische bürgerliche Gruppe, sowie andere gemäßigte Parteien (wie die nationaldemokratische und demokratische), endlich der Bauernbund, der in erster Linie wirtschaftliche Bestrebungen verfolgt — ließen sich zur Mitarbeit herbeiziehen. Hierzu müßten ihnen jedoch gewisse Zugeständnisse gemacht werden. Die Letten fürchten nichts so sehr, als die Möglichkeit, daß dem Großgrundbesitz ein dauerndes Uebergewicht eingeräumt wird. Es wäre ihnen daher zu garantieren: Parität der lettischen resp. estnischen und der deutschen Sprache auf allen Gebieten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens. Nationale Rechte mit Berücksichtigung der Interessen der deutschen Minorität, Zusammenschluß Liv- und Estlands mit den drei, von katholischen Letten bewohnten Kreisen des Witebsker Gouvernements (Inflant) und Selbstverwaltung des baltischen Staates. Endlich autonome Entwicklung des gesamten nationalen Schulwesens aus eigener Initiative, wenn

auch unter Kontrolle der Zivilverwaltung. Vor allem aber Beseitigung bureaukratischer Hindernisse auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens und des Verkehrs im Innern des Landes.

Entschließt man sich zu solchen Konzessionen, so werden sich vielleicht auch andere lettische Parteien dazu bewegen lassen, Hand anzulegen an dem Wiederaufbau ihrer heimatischen Verhältnisse, abgesehen von den Unversöhnlichen, d. h. von den Sozialrevolutionären, von den Sozialdemokraten maximalistischer oder minimalistischer Richtung. Mit diesen ist eine Verständigung erst dann möglich, wenn der Bolschewismus in Mittelrußland endgültig Fiasko gemacht hat und der anarchistisch-kommunistische Zerstörungswahn ausgetobt hat. Bei der mißtrauischen, auf praktische

Ziele gerichteten Denkart des lettischen Volkes ist es notwendig, derartige Zugeständnisse nicht nur in Aussicht zu stellen, sondern auch baldigst zu verwirklichen. An eine endgültige politische Ausgestaltung des autonomen baltischen Staates kann dagegen in nächster Zeit schwerlich gedacht werden — das könnte nur zu neuen Differenzen, zu Konflikten in der äußeren und inneren Politik führen. Die Aufgaben für die gedeihliche Gestaltung der Verhältnisse im Baltischen liegen zunächst auf wirtschaftlichem, nationalem und sozialem Gebiet, zu selbständig politischer Arbeit kann die dortige Bevölkerung nur allmählich herangezogen und herangebildet werden. Es dürfte noch viel Zeit vergehen, bis die baltischen Schwierigkeiten beseitigt sind.

Mitteilungen.

Aus dem Leben der Balten.

Es ist eine bekannte Tatsache und liegt in der Natur der Dinge, daß das Baltische ein rein agrarisches Gebiet ist. Das gilt von allen drei ehemaligen russischen Provinzen, am meisten wohl von Kurland. Nur Riga, die Metropole des Baltischen, ist eine Industriestadt, und zwar ein Industriezentrum von ganz hervorragender Bedeutung. In diesem Sinne war ja Riga auch eine der Perlen in der Zarenkrone. Rigas Industrie hat der Krieg freilich fast völlig vernichtet, und es wird tatkräftiger deutscher Hilfe und eisernen Fleißes der Rigenser selbst bedürfen, wenn in wenig Jahren Rigas industrielle Bedeutung wieder Tatsache werden soll. Aber auch die rein agrarischen Länder um Riga, Kurland, Livland und Estland, weisen eine gewisse Industrie auf. Baltische Statistiken, die wir an dieser Stelle benutzen, beziehen sich freilich nur auf die Zeit vor dem Kriege, aber die vorhandenen Daten geben doch, in die Vergangenheit zurückgreifend, ein Bild von der baltischen Industrie, wie sie in Zukunft hoffentlich bald wieder erstehen wird. In Livland gab es — Riga, wie gesagt, ausgenommen — 10 große Betriebe mit insgesamt 8000 Arbeitern. 5000 dieser Arbeiter entfallen freilich allein auf die grandiose Zellulosefabrik Waldhof bei Pernau an der Pernauer Bucht, ein Zweigunternehmen der gleichnamigen großen deutschen Fabrik. Unter den Großbetrieben Livlands sind Papier-, Glas- und Tuchfabriken und eine Brauerei, die die größte Brauerei Rußlands auf dem flachen Lande war. An Kleinbetrieben gab es in Livland verstreut rund 450. Unter diesen: 70 Brauereien, 100 Brennereien, 25 Torfstechereien, 10 Gerbereien, 58 Betriebe für Wollverwertung und 22 Teeröfen. Zu der Gesamtzahl von 450 Kleinbetrieben wären noch als nicht mit eingerechnet 355 große Meiereibetriebe und 290 Siegeleien hinzuzuzählen. An Arbeitern waren in diesen industriellen Unternehmungen freilich nicht mehr als etwa 3500 Personen beschäftigt. Aus den uns vorliegenden Daten gewinnt man in Bezug auf die Industrie Rigas ein viel grandioseres Bild. Riga ist ein großer Industriebezirk für sich. Im letzten Jahr vor dem Kriege zählte man in Riga schätzungsweise 300 Fabriken, ein Drittel davon war als Großbetriebe anzusprechen, d. h. 100 Fabriken, darunter die weltberühmten Gummiwerke „Prowodnik“, die russisch-baltische Waggonfabrik, die der Krieg zerstört hat, und die große Hefe- und Spiritusfabrik von Wolfsschmidt. Die Masse der Rigasischen Fabriken ist die Schöpfung des deutschen Rigas Kaufmannes. Durch deutschen Fleiß ist Rigas industrielle Blüte geworden, deutsch ist demgemäß die Stadt anzusprechen. Der Russe wußte auch, was er tat, als er Rigas Industrie brutal fast völlig vernichtete und dadurch der deutsch-baltischen Kaufmannschaft Rigas im Jahre 1915 Verluste im Betrage ungeschätzter Millionen zufügte. Wenn also Livland mit Riga zusammen etwa 120 große und 450 kleine Betriebe, zusammen 550 Fabriken mit schätzungsweise 87000 Arbeitern zu verzeichnen hat, so sprechen die statistischen Daten in Bezug auf Estland keine so günstige Sprache. In Reval, der Hauptstadt Estlands, waren etwa 32 Fabriken mit 25000 Arbeitern in Betrieb, in Narwa, das eigentlich nicht zu Estland zu rechnen ist, die größte Flach- und Wollspinnerei der Welt mit allein 30000 Arbeitern. Auf das flache Land in Estland entfallen 37 Fabriken mit 56000 Arbeitern; dazu wären noch hinzuzurechnen: 167 Brennereien, 150 Meiereien usw. Doch handelt es sich bei den letztgenannten Unternehmungen in der Hauptsache natürlich um Kleinbetriebe. Die Revaler Industrie hat fast ausschließlich für den Schiffsbau gearbeitet; es wurden hier, im nördlichen Venedig, wie die Estländer ihre Hauptstadt gerne nennen, Torpedoboote, Minenboote, U-Boote und sogar Kreuzer gebaut; im übrigen umfaßt die Revaler Industrie Papierfabriken, Metallwerke, Waggonwerkstätten, Holzbearbeitung, Zementherstellung, chemische Produktion und Maschinen-, Motoren- und Webindustrie. Am wenigsten industrialisiert von allen Gebieten des baltischen Landes ist das Herzogtum Kurland. Libau eingerechnet, bestanden vor dem Kriege in Kurland nur 29 große Fabriken mit über 50000 Arbeitern und etwa 330 Kleinbetriebe mit 8000 Arbeitern. Kurland weist 48 Siegeleien auf. Zur Verarbeitung gelangen in Kurland etwa dieselben Produkte wie in Liv- und Estland. Ein Überblick über die Gesamtindustrie Liv-, Est- und Kurlands mit Einschluß der drei größten Städte des Landes ergibt rund 1300 Fabrikbetriebe,

davon etwa 187 große und größte, in denen 160000 Arbeiter beschäftigt sind. Charakteristisch für die baltische Industrie ist, daß nur 6 Prozent der baltischen Bevölkerung in industriellen Betrieben beschäftigt sind; der entsprechende Prozentsatz macht in Deutschland 25 vom Hundert aus. Trotzdem erzeugte die baltische Industrie schon im Jahre 1908 Waren im Werte von über 480 Millionen Mark, eine immerhin beachtenswerte Leistung.

Wir haben an dieser Stelle vor geraumer Zeit das Thema der Spur baltischer Eisenbahnen behandelt. Die Ausführungen, die da gemacht wurden, werden unseren Lesern noch erinnerlich sein; wir beschränken uns heute daher darauf, mitzuteilen, daß das Problem insofern kürzlich eine provisorische Lösung erfahren hat, als sämtliche von uns in Betrieb genommenen ehemaligen russischen Staatsbahnen auf baltischem Territorium nördlich der Düna die breite russische Spur behalten werden. Ja, die zeitweilig auf die deutsche Spurweite gebrachte Strecke von Riga nach Ramoßki, wo seinerzeit gleich nach der Einnahme Rigas der Bewegungskrieg erstarre, ist wieder ungenagelt worden. Bis Riga, als dem nördlichsten Punkte, reicht somit die deutsche Spur; nördlich davon ist die russische Spur beibehalten worden. Es ließ sich das um so leichter machen, als die Russen in Livland und Estland genügend rollendes Material zurückgelassen haben. Diese Nachricht dürfte handelspolitisch von wesentlicher Bedeutung sein; die Hafenanlagen Rigas weisen nämlich auch breitspurige Gleise auf, und es ist somit möglich, die auf dem gewaltigen russischen Eisenbahnetz heranrollenden Güter ohne vorherige Umladung in Riga direkt aus den Waggons in die Schiffe zu verfrachten. Damit gewinnt Riga an der Ostsee selbstverständlich eine ganz überragende Bedeutung, und nur die litauischen und estländischen Häfen dürften in Zukunft in Bezug auf den russischen Durchgangshandel die Konkurrenz mit der baltischen Metropole aufnehmen. Stark ins Hinter-treffen aber geraten dadurch die Häfen Kurlands und die Hafenplätze an der deutschen Ostseeküste von Memel bis zum Sund.

H. Dohrmann.

Das Judentum in Litauen.

In den drei Gouvernements Kowno, Wilna, Grodno, die nach manchen Anzeichen neuerdings für die Bildung des selbständigen und unabhängigen Staates Litauen in Aussicht genommen worden sind, beträgt bei einer Gesamtbevölkerung von 5,6 Millionen, die Zahl der Juden 831000 (14 Proz.), der Polen bzw. der polonisierten Litwiner und Weißruthenen 515000 (9 Proz.), der Weißruthenen 1981000 (35 Proz.) und der Litwiner, des Staatsvolkes, 1516000 (27 Proz.). Die Bedeutung des litauischen Judentums war bisher größer, als seine Zahl und sein Prozentsatz vermuten lassen. In den Städten, in denen sich sammelndrängt, was das arme Bauernland an Bildung und Besitz aufweist, stellten die Juden vor dem Kriege die Hälfte der Einwohner, in denen Kownos 50, Wilnas 49 und Grodnos mehr als 50 Prozent; im Kownoer Gouvernement, das zu zwei Dritteln von Litwinern bewohnt ist, waren diese nur ein Fünftel der Städter. In den Händen der Juden waren ganz überwiegend Industrie und Handel und damit der Reichtum Litauens; sie überwogen durchaus in den freien Berufen und stellten fast sämtliche Ärzte, Rechtsanwälte, Fabrikbesitzer, Kaufleute und Handwerker, die Litwiner deren nur wenige, die Polen, im Großgrundbesitz so stark vertreten, nur einen mäßigen Bruchteil. Sollte dem Wunsche der radikal demokratischen Litwiner entsprechend die Volksvertretung Litauens auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts gewählt werden, so wird der bisherige große Einfluß der Juden, zunächst für das politische Leben, ausgeschaltet werden; sie werden auch sonst einen schweren Stand haben. Was sie von den Litwinern, ist erst die Verwaltung Litauens in deren Hände gelegt, zu erwarten haben, ist ihnen nicht unbekannt. Das ergibt auch folgendes Faktum. Der litauische Bundesrat, die Taryba, setzt sich ausschließlich aus 20 Litwinern zusammen, die den drei anderen durch ihre Zahl ins Gewicht fallenden Völkern zwar 5 Sitze, den Polen und Juden je 2, den Weißruthenen 1, aber unter so demütigenden Bedingungen „zuweisen“, daß die großmütige Offerte von allen drei abgelehnt wurde; der litauische Landesrat wollte die fünf „auswählen“; sie sollten in den

Sitzungen litwinisch sprechen und Anhänger der litwinischen Richtung sein. Befreite Völker sind nicht bloß — nach Bismarck — undankbar, sondern auch unduldsam; je kleiner, desto mehr. Die Verwaltung Ober Ost wird deshalb, ehe sie ihre Feste abbricht, versuchen müssen, die nationale-kulturelle Autonomie der Minderheiten des Titauerstaates gegen etwaige Uebergriffe der Litwiner zu sichern und ihnen auch einen gewissen Einfluß auf die Gestaltung des politischen Lebens zu verschaffen. Mit welchem Erfolge, wird die Zukunft lehren. Die Befürchtungen, die die Minderheiten, auch die jüdische, hegen, sind als nur zu berechtigt anzuerkennen.

Prof. M. Kranz.

Die Breslauer Messe.

Die erste Breslauer Messe hat einen großen Erfolg gebracht, womit bewiesen ist, daß dieses großzügige Unternehmen einem tatsächlichen Bedürfnis des östlichen Welt Handels entspricht. Breslau hat alle Aussicht, ein gewaltiges Handelszentrum des europäischen Ostens zu werden. Politische und wirtschaftliche Gründe, die Folgeerscheinungen des Krieges, der im Osten so gewaltige Veränderungen gebracht hat, sichern der Breslauer Messestadt eine dauernde Bedeutung. Gleich der erste öffentliche Verkehrstag der Breslauer Messe lockte 20—30 000 Besucher an. Die fremden Gäste, die Herren aus dem Osten, haben unter der Menge der Besucher wohl das wesentlichste Interesse beansprucht; es hatten sich Bulgaren, Türken, Polen und zahlreiche Vertreter anderer östlicher Völkernationen eingefunden. Im Vordergrund der Aufmerksamkeit standen die Herren aus Bulgarien, 50 an der Zahl. Erschienen waren die Vertreter sämtlicher bulgarischer Handelskammern, die der Oberbürgermeister von Breslau in besonders herzlicher Ansprache begrüßte. Interessant ist es, wie sich die Bulgaren über den Eindruck äußerten, den die Messe auf sie gemacht hat. Der Vertreter des bulgarischen Handelsministeriums, Herr Manalov, hat sich einem deutschen Tageschriftsteller gegenüber dahin geäußert, daß die Maschinenindustrie die Bulgaren in Breslau besonders interessiert habe. Man hege in Bulgarien die Hoffnung, an Erzeugnissen dieser Industrie in Zukunft, vor allem Eisen aller Art, landwirtschaftliche Maschinen, Handpflüge, Motorpflüge und Drechsmaschinen, aus Deutschland zu beziehen. In zweiter Reihe gilt das bulgarische Interesse chemischen und textiler Erzeugnisse. Ein Umstand verdüstert jedoch das bulgarische Interesse an der Breslauer Messe, und zwar die Tatsache, daß Deutschland unter der Einwirkung der Kriegszeit sehr strenge Ausfuhrbestimmungen erlassen hat. Insbesondere sei zu wünschen, daß die entsprechenden deutschen Stellen fortan bei der Erledigung der Ausfuhranträge etwas zuvorkommender sind, soweit es sich um die Erzeugnisse der deutschen Maschinenindustrie handelt; daß Erzeugnisse der chemischen und textilen Industrie zurzeit als Ausfuhrwaren ohnehin nicht in Betracht kommen, nimmt man in Bulgarien schon etwas gleichgültiger auf. Bulgarien sei übrigens bestrebt, der Ausfuhr aus Deutschland mit einer bulgarischen Einfuhr nach Deutschland entgegenzukommen. In diesem Sinne käme hauptsächlich bulgarischer Tabak in Betracht, um so mehr, als die neue bulgarische Tabakernte sehr gut ausgefallen ist und auf etwa 30 Millionen Kilo geschätzt werden kann. Der Tabakausfuhr aus Bulgarien nach Deutschland begegnen jedoch wesentliche Schwierigkeiten. Vor allem sind es die Preise, die sehr hinderlich sind: diese Preise, die einst als zu hoch angesehen wurden, müssen vom bulgarischen Standpunkt aus heute bereits als unannehmbar niedrig bezeichnet werden, da die Produktionskosten inzwischen enorm gestiegen sind. — Sehr lebhaft Beziehungen hat die Breslauer Messe auch auf dem Gebiete des Handels zwischen Deutschland und Polen geknüpft. Der Hauptleiter der Handelsstättesten im Generalgouvernement Warschau trat in diesem Sinne für die baldmöglichste Errichtung einer Auslandskammer speziell für Kongresspolen ein, und es besteht Aussicht, daß eine solche wirklich zustande kommen wird. — Auf einen Mißstand wird noch hinzuweisen sein, der die Breslauer Messe wesentlich beeinträchtigte; es handelt sich um die Frage der Verkehrsverbindungen nach und von Breslau, deren Ungunst bekannt sein dürfte und die Breslaus Entwicklung seit jeher gehemmt hat. Doch darin wird hoffentlich eine friedliche Zukunft bald Abhilfe schaffen. — Im Zeichen der Messe hat es sich so recht erwiesen, wie günstig Breslau gelegen ist, das deutsche Zentrum des deutschen Interesses nach Osten hin zu werden. So bot die Messe unter anderem dem neugegründeten Breslauer Ost-europa-Institut Gelegenheit, zahlreiche persönliche Beziehungen nach Osten anzuknüpfen. Unter Führung Professor Dr. Webers besuchten die ausländischen und inländischen Gäste die Einrichtungen des neuen Institutes und machten sich mit seinen großen kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Aufgaben eingehend vertraut. Auch hat eine ganze Anzahl von Kongressen stattgefunden, die der Prüfung deutsch-östlicher Beziehungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens gewidmet waren. In rein handelspolitischer Hinsicht ist in Bezug auf die Breslauer Messe zu sagen, daß sehr bedeutende Abschlüsse erzielt worden sind und die ganze Veranstaltung überhaupt im Zeichen eines glücklichen Sternes gefanden hat. Die Tür nach Osten ist dem deutschen Handel geöffnet, und eine solche Tür wird die schlesische Hauptstadt dank ihrer günstigen geographischen Lage vermutlich immer bleiben; das ist Breslaus Kriegsgewinn, den man dieser Stadt wahrlich nicht neiden wird.

Die Schweiz und die Ukraine.

Im Verlaufe dieses Krieges hat die Schweiz unter der Abperrung überseeischer Zufuhren zu leiden und wurde in der Volksernährung emp-

fänglich beschränkt, als die erforderlichen Zufuhren verspätet eintrafen oder ganz ausblieben. Um in Zukunft den Einfuhrbedarf an Brotkorn sicherzustellen, plant man in den leitenden Kreisen der Schweiz die Anlage einer eigenen großen Siedelung für den Anbau von Brotgetreide in einem geeigneten Lande. Vorge schlagen waren dafür die Ukraine und Marokko. Auf Andrängen der französisch-schweizerischen Vertreter entschied man sich vorläufig für Marokko und wird einen besonderen Studientausch dorthin entsenden, nachdem die französische Regierung ihre Zustimmung dazu erklärte. Für die fragliche Stellung Frankreichs in Marokko würde es allerdings vorteilhaft sein, wenn dort eine größere schweizerische Ackerbauiedelung gegründet werden sollte. Unschönend überfieht man aber in der Schweiz, daß im Kriegsfall der Verkehr mit Marokko, weil er ein überseeischer ist, durch Blockadeerklärungen wiederum unterbunden und die Versorgung der Schweiz aus Marokko gefährdet werden kann. Dagegen bietet die Ukraine weit größere Sicherheit. Der Verkehr zwischen der Schweiz und der Ukraine erfolgt zu Lande und kann nicht durch Blockade gestört werden. Außerdem ist anzunehmen, daß die Verhältnisse in der Ukraine, wenn sie auch gegenwärtig unklar und ungesichert sind, in Zukunft sich für die Anlage einer schweizerischen Ackerbauiedelung ungleich günstiger gestalten würden, als sie sich in Marokko darbieten. Vorläufig ist es noch zweifelhaft, ob das durch den Krieg so geschwächte Frankreich sich dauernd in Marokko behaupten wird.

Paul Dohn.

Polen.

Am 31. Juli hat der polnische Staatsrat in Warschau seinen ersten Sessionsabschnitt beendet. Er hat sechs Wochen lang gedauert. Heute, vier Wochen später und in einem Augenblick, da sich Polens Geschick endgültig zu entscheiden scheinen, ist ein gewisser Ueberblick über die Tätigkeit des Staatsrates möglich und von Interesse. 15 Plenarsitzungen haben stattgefunden; das ist auf den ersten Blick hin nicht viel; aber der Staatsrat hat dennoch in den fast täglich zusammentretenden Ausschüssen eine immerhin achtbare Arbeit geleistet. Die Beratungen gingen, wie Dr. Paul Roth (Warschau) in der „Nordd. Allgemeinen Zeitung“ feststellt, glatt und sicher wie in einem eingearbeiteten Parlament vor sich, obgleich die Polen seit 1831, da der letzte polnische Landtag tagte, keine Gelegenheit mehr gehabt haben, sich parlamentarisch zu betätigen. Die polnischen Parlamentarier in der russischen Reichsduma, im österreichischen Reichsrat und im deutschen Reichstage dürften wohl kaum parlamentarisch Schule gemacht haben. Um so anerkenntniswerter ist es, daß sich der polnische Staatsrat so überraschend leicht in die neue Situation gefunden hat. Fragen der äußeren Politik sind während der Sitzungen der Staatsräte nur ganz oberflächlich berührt worden. Die prinzipielle Bereitschaft, in ein enges Vertragsverhältnis zu dem mitteleuropäischen Staatenblock zu treten, brachte der Staatsrat in einer seiner ersten Sitzungen zum Ausdruck. In der Folge hat er sich in Bezug auf die äußere Politik nur noch mit der heiklen Cholmerfrage beschäftigt und sich dahin ausgesprochen, daß die Integrität und Souveränität des Königreiches Polen verlegt werden würde, wenn das Gebiet von Cholm dauernd beim ukrainischen Hetmanat verbleiben sollte. Um so mehr befaßten sich die polnischen Staatsräte mit der inneren Politik des jungen Staates. Sie sind dabei stets vom Standpunkt einer starken Betonung ihres nationalen Interesses ausgegangen. Sodann forderten sie die Freilassung der polnischen Kriegsgefangenen; und endlich nahm wohl den größten Teil aller Sitzungen die immer wieder aufglühende Debatte über Angelegenheiten in Anspruch, die mit den Okkupationsverhältnissen und den Okkupationsmächten zusammenhängen. Es sei soviel festgesetzt, daß sich in diesem Zusammenhang von der Tribüne herab manche scharfe Kritik vernehmen ließ; doch es sei anerkannt, daß auch dann die Form eines sachlichen parlamentarischen Stiles stets gewahrt wurde. Im Verlauf der Session hat der Vertreter der deutschen Regierung, Graf Lerchenfeld, im polnischen Staatsrat zweimal das Wort ergriffen. Das erste Mal, das wohl das wesentlichste war, während der Debatte über die Frage der Entlassung der polnischen Kriegsgefangenen. Indem Graf Lerchenfeld erklärte, die deutsche Regierung werde bestrebt sein, den Wünschen der polnischen Herren nach Möglichkeit zu entsprechen, führte er mit starker Betonung zum Schluß aus: „Durch die Siege über die russischen Heere, durch das Opfer von 70 000 tapferen Kriegeren, die auf polnischem Boden für ihr deutsches Vaterland gestorben sind und hier ruhen, ist das Königreich in die Okkupation und in den Wirtschaftsbereich der Zentralmächte einbezogen worden. Auch diesem Lande müssen schwere Opfer auferlegt werden. Aber der Preis dieser Opfer ist die Freiheit! Nehmen Sie diese Opfer mit sittlicher Standhaftigkeit auf und denken Sie daran, was heute das deutsche Volk in seinem Kampf für seine Existenz und Freiheit aufbietet!“ Diese starken und sehr bestimmten Worte des Grafen Lerchenfeld wird man auch nachträglich noch auf das wärmste begrüßen können. Zum Schluß sei noch gesagt, daß die erste erfolgreiche Tagung des provisorischen polnischen Parlaments in Warschau im allgemeinen eine „gute Presse“ gehabt hat. Selbst die demokratischen und sozialistischen Blätter, deren Leserkreis sich aus der bürgerlichen und sozialistischen Linken rekrutiert, welche bekanntlich am Staatsrat aus Opposition gegen die Mittelmächte nicht teilnimmt, verhielten sich freundlich zu den Arbeiten der bisher höchsten polnischen Regierungsinstitution.

Jura Trubow.



Zahl litauischer Männer wird also dazu verurteilt sein, den schwierigen Verhältnissen entsprechend, der Heimat noch länger fernzubleiben. Voraussichtlich werden diese 1000 Menschen aber einst gewandelt in die Heimat zurückkehren, bereichert um ein kostbares Wissen, das sie in Deutschland erwarben. Die Deutsch-Litauische Gesellschaft sorgt dafür, daß litauische Vertreter die litauischen Gefangenenlager besuchen können; auch wird Sorge dafür getragen, daß die Gefangenen mit Liebesgaben, besonders Lesestoff, bedacht werden und der Briefverkehr zwischen den Kriegsgefangenen und ihren Angehörigen im besetzten litauischen Gebiet geregelt wird.

Finland. Fast in der gesamten deutschen Presse werden finnländische Angelegenheiten finnische Angelegenheiten genannt, ebenso wie überhaupt das Adjektiv finnisch fast allein herrscht. Es dürfte nützlich sein — Wortklauberei liegt uns fern —, darauf hinzuweisen, daß die Bezeichnung finnisch unrichtig ist, da diese nur auf die Finnen zu beziehen wäre, nicht aber auf die Finnländer, die sich bekanntlich als Volkseinheit aus Vertretern zweier Nationalitäten zusammensetzen. Man kann z. B. wohl von einem finnischen Bauern und von finnischer Kunst im Gegensatz zu einem schwedischen Bauern und schwedischer Kunst sprechen, unmöglich von einem finnischen Staat, wenn man damit nicht gleichzeitig parteiisch sagen will, daß allein die Finnen in Finnland ausschlaggebend sind. Schweden und Finnen sind gleichberechtigte Bestandteile eines Volkes, und ihre Gesamtheit bezeichnet man als finnländisches Volk. Wir haben in diesen Blättern schon wiederholt darauf hingewiesen, daß seit der Befreiung Finnlands vom russischen Joch der nationale Gegensatz zwischen Finnen und Schweden vielfach wieder erwacht ist. Die Finnen, die sich in Finnland in der starken Majorität befinden und zurzeit fast allein die Regierung bilden, verhalten sich seit geraumer Weise ausgesprochen aggressiv zu ihren schwedischen Heimatgenossen und arbeiten wohl auf das Ziel hin, die finnländischen Angelegenheiten tatsächlich zu finnischen zu machen. Damit würde eine kulturell sehr hochstehende Minorität, die Schweden, politisch an die Wand gedrückt werden. Um so mehr wird es die Pflicht der deutschen öffentlichen Meinung sein müssen, die Schweden moralisch zu stützen; ein Mittel auf diesem Wege wäre unter anderem eine größere Behutsamkeit beim Gebrauch der auch politisch verschiedenen zu deutenden beiden Ausdrücke finnländisch und finnisch. Worte sind oft und meist letzten Endes eben nur Worte; dennoch können sie gegebenenfalls politische Bedeutung gewinnen, wie im vorliegenden Falle; es ist jedenfalls nicht wünschenswert, daß sich bei uns in Bezug auf Finnland das den Tatsachen nicht entsprechende Wort finnisch einbürgert. Mit dem Worte wird der Leser und Laie nur zu bald auch den Begriff identifizieren und damit dem Gedanken an ein Finnland leben, das ausschließlich finnisch ist. E l v e s.

Bankverkehr in Odessa. Die österreich-ungarischen Banken haben teils Niederlassungen in Odessa errichtet, teils

erstreben sie, früher oder später dort Filialen zu errichten. Immerhin sind bisher die Verhältnisse noch nicht so geregelt, daß sie den Banken große geschäftliche Möglichkeiten in nahe Aussicht stellen. Das gilt sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Beziehung. Die Zweigstelle der Oesterreichischen Kreditanstalt in Wien, die von diesem in Verbindung mit der Ungarischen Kreditbank U.-G. in Budapest errichtet wurde, hat demzufolge bisher auch keine rechte Bedeutung erlangen können. Die Geldverhältnisse sind noch viel zu unsicher und die Kursschwankungen zu groß. Der Rubel schwankt beispielsweise von einem Tage zum anderen zwischen 1,80 und 2 Kronen. Die Schwierigkeiten werden dadurch vergrößert, daß auch andere Zahlungsmittel in Berücksichtigung gezogen werden müssen, beispielsweise Krenskizettel. Ein Warenverkehr der Bank ist überhaupt zurzeit nicht möglich, nur Geldverkehr. Aber auch Einzahlungen dürfen für Odessa von der Bankzweigstelle nicht entgegengenommen werden, sondern müssen in Wien bei der Hauptanstalt erfolgen. Wäre die Errichtung eines österreich-ungarischen Bankinstituts für den Verkehr mit den österreichisch-ungarischen Zivil- und Militärbehörden nicht unbedingte Notwendigkeit gewesen, so würde sie überhaupt noch nicht erfolgt sein. Trotzdem streben, wie eingangs erwähnt, verschiedene andere Bankinstitute der Monarchie, so die k. k. priv. österreichische Länderbank in Wien, ferner eine Bankgruppe der u. a. der Wiener Bankverein angehört, nach Niederlassungen in Odessa. Allerdings erst, wenn die Verhältnisse sich geklärt und gefestigt haben werden, was unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse noch geraume Zeit währen kann. E. T r o t t - H e l g e.

Kawalla. Schon seit längerer Zeit ist bekannt, daß Bulgarien die Abtretung der Hafenstadt Kawalla beansprucht, auf die es nach dem zweiten Balkankriege verzichten mußte. Eingehend hat Professor Iwanoff in einer kürzlich erschienenen Flugchrift „La Region de Cavallo“ (bei Paul Haupt, Librairie Academique, Berne) die bulgarischen Ansprüche begründet. Kawalla mit Hinterland ist ein Teil Mazedoniens, wird in den ländlichen Bezirken überwiegend von Bulgaren bewohnt, was in der neueren, nach Bekennnissen aufgestellten Statistik nicht genügend hervortritt, und gehört auch deshalb zu bulgarischem Gebiet, weil die Struma und die Meša, die bei Kawalla münden, aus Bulgarien kommen. Ueberdies hat Kawalla als Hafen für Sofia und das mittlere Bulgarien großen Wert und einen raschen Aufschwung zu erwarten, nicht aber von Griechenland, das über zahlreiche andere ihm günstigere Häfen verfügt. Kawalla wird als bulgarischer Hafen eine gute Zukunft haben, nicht aber als griechischer Hafen. Eine andere Frage ist es, ob die Türkei für ihre Zustimmung zur Wiedervereinigung Kawallas mit Bulgarien nicht irgend welche Kompensationen beansprucht. Darüber wird man sich zu verständigen haben. P a u l D e h n.

Bücherbesprechungen.

Dr. K. von Rümker, Bevölkerungs- und Siedlungsfragen im Land Ober-Ost.

Berlin 1918; Paul Parey (1 Mark). Der Verfasser, Professor an der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule, hat 13/4 Jahre, als Leiter der Landeskulturbteilung der Militärverwaltung Ober-Ost, an den mannigfachen Aufgaben zur Wiederherstellung bezw. Neubegründung der Kultur des eroberten Landes mitgewirkt. Seine Vorschläge für dessen dauernde Hebung werden als die einer unbestrittenen Autorität bei den maßgebenden Behörden Beachtung finden, von den deutschen Ansiedlern befolgt werden und auch dem nichtfachmännischen Leser reiche Belehrung und Aufklärung übermitteln. Der erste Abschnitt orientiert über das Land Ober-Ost, wie es bei der Besetzung war. Nach einem kurzen Ueberblick über das Land (2000 Qm.-Meilen) und über die sich aus steben, nach Abstammung, Sprache, Bildungshöhe und Religion sehr verschiedenen Völkern zusammensetzende Bevölkerung zeigt er, daß „der Kampf der Kultur (der Landeskultur) mit der Natur hier noch in den Kinderschuhen steckt“, daß die Verkehrsverhältnisse, von den wenigen strategischen Bahnen und schnurgeraden „Staatsstraßen“ abgesehen, durchaus unzulänglich sind, daß die abziehenden Russen alle industriellen Anlagen vernichtet haben, daß die Bodenschätze und Wasserkräfte bisher so gut wie unbenutzt waren, und endlich, daß der Markt- und Handelsverkehr, der in den Händen der Juden liegt, die „wie wandelnde Warenhäuser durch das Land ziehen“, noch auf der „primitiven Stufe des Warenaustausches ohne Benutzung des Geldes“ verharret. Der zweite Abschnitt enthält die Vorschläge des Verfassers zur dauernden Hebung des eroberten Gebiets; sie sind vor allem auf die Abstellung der angeführten Mängel bedacht. Nur das Wichtigste sei hervorgehoben: Zur Befriedung des an sich menschenarmen, von den Russen entvölkerten Gebiets sind mit allen Mitteln und möglichst schnell deutsche Kriegsbeschädigte und Rückwanderer in möglichst großer Zahl heranzuziehen und in geschlossenen Dörfern anzusetzen, nicht nach der teuren deutschen Siedlungsmethode, sondern nach der Sibio Brüdrichs, nicht von privaten Siedlungsgesellschaften, sondern durch den Staat; der erworbene Grund und Boden ist der Nachfrage entsprechend aufzuteilen, zunächst auch in Form von Domänen zu verpachten; für Kleinsiedlungen ist in Kurland nicht unter 80, in Litauen nicht unter 60 Morgen hinunterzugehen; für die richtige Mischung von Groß-, Mittel-

und Kleinbesitz ist zu sorgen; den Kriegsbeschädigten ist statt einer Bar-entschädigung eine Entschädigung in Land zu gewähren, ihre Existenz durch langfristige Abrentung und Befreiung von Steuern zu gründen und vom fünften Kinde ab die Rentenzahlung zu erlassen; ein dichtes Netz von Eisenbahnen, Chauffeen, Land- und Dorfstraßen ist über das ganze Gebiet auszubreiten; im wasserkranken Lande ist Vorflut zu schaffen und im Anschluß daran Abdrainage großzügig durchzuführen; die Flußläufe sind zu korrigieren, schiffbar zu machen, durch Kanäle zu verbinden und die Sümpfe in Wiesen und Acker umzuwandeln; unter Anknüpfung an vorhandene landwirtschaftliche Schulen ist der Nachwuchs der eingeborenen Bauernschaft mit den Fortschritten des deutschen Landwirtschaftsgewerbes vertraut zu machen und zu höherem Können und Wissen zu erziehen; für Schulen, Kirchen, Ansiedlung von Ärzten, Handwerkern usw., überhaupt für alles, woran die deutschen Einwanderer als Kulturmenschen gewöhnt sind, ist mit nicht fagender Hand zu sorgen; der Genossenschaftsgedanke ist in das einheimische Volk zu tragen, Spar- und Darlehenskassen und Konsumvereine sind „unter Anschluß nationaler Sonderbestrebungen“ zu gründen, was den Polen, die sich mit der Waffe ihres Genossenschaftswesens im preussischen Staate ein selbständiges polnisches Gemeinwesen geschaffen haben, schwerlich behagen wird; die Befriedigung des Real- und Personalkredits als eine besonders wichtige Maßregel zur Hebung der Landeskultur hat der Staat nicht der Privatinitiative zu überlassen, sondern, desgleichen die Leitung, von Anfang an in die Hand zu nehmen, was bei den Polen und Montwills Wilnaer Agrarbank gleichfalls heftigen Widerstand auslösen wird. Herr von Rümker, der dringend zur nur ganz allmählichen Intensivierung des Ackerbaues im Ober-Ostgebiet rät, spricht zum Schluß seiner knapp gefaßten, aber an Inhalt ungewöhnlich reichen Schrift, die auch dem Laien auf das angelegentlichste empfohlen werden darf, die Ueberzeugung aus, daß, „wenn es die Eingeborenen von Ober-Ost zur Ordnung, Sauberkeit, Pünktlichkeit und Pflichterfüllung zu erziehen gelingt, und wenn viel Arbeit und viel (deutsches) Kapital aufgewendet wird, um die in diesem Lande schlummernden, noch unentwickelten, aber auch noch nicht ausgebeuteten Schätze zu heben, dieses Gebiet eine Vieh- und Kornkammer, ein Holz- und Wolleproduktionsland und ein Kolonisationsgebiet von allerhöchstem Werte für Deutschland werden kann“.

ein Kolonisationsgebiet, das, wie ich hinzufügen möchte, Millionen Deutscher eine neue Heimat bieten kann und hoffentlich bieten wird.

Prof. Kranz = Stęgliß.

Eine Zeitschrift für die deutschen Auslandsbauern.

Unter dem Namen „Heimkehr“ erscheint seit April 1916 eine Zeitschrift für die in Deutschland befindlichen Kriegsgefangenen und Rückwanderer deutschen Stammes. Sie wird jetzt in einem neuen Gewand direkt in die deutschen Kolonien Rußlands und der Ukraine gehen. (Heimkehr, Monatschrift für die deutschen Auslandsbauern. Herausgeber A. Borchardt, Verlag Deutsche Landbuchhandlung G. m. b. H., Abt. Heimkehr). Den bisher von der alten Heimat sehr vernachlässigten, rein deutsch gebliebenen Kolonisten des ehemaligen Zarereiches wird hier die Hand gereicht, die brennenden, in der Presse viel erörterten Fragen ihrer Zukunft — Rückwanderung oder Umsiedelung — mit deutscher Hilfe zu klären. Die Zeitschrift erscheint mit Unterstützung der neugegründeten Reichswanderungsstelle und des Fürsorgevereins für deutsche Rückwanderer.
Dr. R. P e s c h k e.

Wie jede Krieger-Familie im Eigenhause billiger als zur Miete wohnen kann.

Wie beschafft man sich Baukapital und Hypothek? Praktische Winke für Baulustige. Der Hausgarten. Ein Büchlein zum Lust- und Planmachen von Kgl. Bauinsp. S. Flur und Ph. Kahm, Bezirksleiter für den Wiederaufbau in Ostpreußen. Mit 160 Abbildungen, Hausplänen usw. (106. Tausend.) Mk. 4.— portofrei. Heimkulturverlag G. m. b. H., Wiesbaden 40.

Alle Familien in Stadt und Land, alle Kriegsteilnehmer, alle Behörden müssen dieses bahnbrechende Buch lesen; es zeigt den Weg zum eignen Heim, zum häuslichen Wohlstand. Heute zahlt man in den großen städtischen Zinshäusern, deren Mieten demnächst wieder sehr gesteigert werden sollen, in 20 Jahren so viel und mehr als nötig ist, ein Eigenheim auf eigener Scholle zu erwerben und schuldenfrei zu machen, wo man den großen Teil des Küchenbedarfs selbst baut, Hühner, Ziegen und Schlachtvieh zur besseren, billigeren Lebenshaltung zieht usw. Für Mitglieder der Gesellschaft für Heimkultur e. V. (Sitz Wiesbaden) ist das Buch kostenlos. Man verlange Vereinsdruckfachen mit den Satzungen portofrei.
Oberingenieur A. Kl ö g e r.

Achmed Emin, Die Türkei.

Gotha 1918; Verlag von Fr. Andreas Perthes (4.—Mk.). In der bekannten Sammlung „Perthes' Kleine Völker- und Länderkunde“ untersucht ein berufener türkischer Forscher, Professor der Statistik an der Universität Konstantinopel, die überlieferten irrtümlichen Ansichten der meisten Deutschen über die Türkei richtigzustellen und ihnen ein gründliches Kenntnis seines Vaterlandes zu übermitteln. Trotz der gedrängten Kürze wird er dieser Doppelaufgabe gerecht. Im ersten Abschnitt handelt er von Land und Leuten; von dem Lande, das mehr als dreimal so groß wie Deutschland ist (32 500 Quadratmeilen), und von den Leuten, der Bevölkerung, die nur 25 Millionen (nur 13 auf einem Quadratkilometer) zählt, wovon das Staatsvolk, die Türken, denen es „infolge der Assimilation aller möglichen fremdstämmigen Elemente und der vielen Mischungen an einem Rassenotypus fehlt“, und denen leider die Gefahr des

Aussterbens droht, nur 10, die anderen, ihnen mehr oder weniger feindselig gestimmten 13, die heute zu England neigenden Araber 7 Millionen stellen. Im zweiten und dritten Abschnitt erzählt er uns, obwohl mit herzlichster Liebe an seinem Volke hängend, streng sachlich und ohne seinen Volksgenossen zu schmeicheln, die Geschichte des türkischen Reiches, seine Kriege, Siege und Niederlagen, seinen Aufstieg und Niedergang. Der letzte Abschnitt, der über die Hälfte des Buches einnimmt, berichtet mit dankenswerter Ausführllichkeit, was die „junge Türkei“ seit 1908 für die kulturelle und wirtschaftliche Hebung des Osmanenreiches geleistet hat, welche staatlichen Reformen ins Werk gesetzt werden, und was an Problemen noch der Lösung entgegenzuführen ist. Die statistischen Uebersichten des Anhangs, nicht minder das Sachregister, ein umfangreiches Literaturverzeichnis und eine Karte der Türkei erleichtern das Studium des Buches, das in der soliden, einfachen und ansprechenden Art des Pertheschen Verlages ausgestattet ist und all den Deutschen, denen bewusst geworden ist, daß wir die Entscheidungsschlachten des Weltkrieges auf vorderasiatischem Boden schlagen müssen, zur Ausfüllung ihrer mangelnden oder mindestens lückenhaften Kenntnisse von der Türkei hochwillkommen sein wird.
Prof. Kranz, Stęgliß.

Bei Schachsewanen und Kurden.

Angesichts der Bemühungen unserer Feinde, die ganze Kulturwelt gegen uns aufzuheizen, ist es doppelt anzuerkennen, wie treu und stark die Sympathien der mohammedanischen Völker für Deutschland sind. Alle Flüchtlinge aus Rußland und Sibirien berichten von der Deutschfreundlichkeit der Tataren und mohammedanischen Mongolenstämme. Auch das neueste Kriegsbuch: „Meine Flucht als persischer Bettler“ von Heinrich Sachs (Verlag August Scherl G. m. b. H., Berlin, Preis 1.35 Mk.) gibt uns Kunde von der rührenden Treue der Naturvölker des Islams im nördlichsten Persien. Sachs war als Zivilgefangener in Rußland interniert und entfloh am Tage des Ausbruchs der Revolution, um durch den Kaukasus und das nördliche Persien an die türkisch-deutsche Front in Mesopotamien zu gelangen. Zwar ist Persien neutral, aber in ganz Mesopotamien herrschen die Kosaken mit grausamster Willkür, saugen das Land aus und knechten die Einwohner. Der deutsche Flüchtling findet zuerst freundliche Aufnahme bei einem Schachsewanenfürsten, der ihn vor den Russen versteckt und in dessen Dörfe er sich die zur weiteren Reise notwendigen Kenntnisse von der Sprache und den Sitten des Landes aneignen kann. Als persischer Bettler durchzieht er dann in mühseliger Wanderung das weite Steppen- und Bergland, von Dorf zu Dorf, von Nomadenlager zu Nomadenlager, und überall findet er offene Arme und Herzen. Nicht einem von den hundert Leuten, die um seine Herkunft wußten, ist je ein Gedanke an Verrat gekommen. Alle waren sie stolz darauf, einem Freunde der Türken zu helfen.

Die Erzählungen des persischen Bettlers entbehren jeder dramatischen Aufmachung und sind doch von denkbar größtem Reiz. Denn ihm, der hilflos suchend und oft tödlich erschöpft von Ort zu Ort zog und wochenlang Gast in Hütten und Palästen war, offenbarte sich das wirkliche Leben dieser Naturkinder in viel höherem Maße, als etwa einem fremden Forschungsreisenden. So gibt er ungemein eindrucksvolle Ausschnitte aus dieser so fernem, unberührten Welt und zeigt uns im wohlthuenden Gegensatz zum Grausen des Krieges Bilder von feinsten Menschenliebe und Herzengüte.
Dr. E. A. Rasch e.



Das wichtigste politische Problem Osteuropas, die ukrainische Frage,

kann in Deutschland nur dann richtig erfasst werden, wenn man das führende Blatt der Ukraine, die in deutscher Sprache erscheinenden

Ukrainischen Blätter

Zeitschrift für die politischen und kulturellen Bestrebungen des ukrainischen Volkes

Herausgeber Prof. W. Kalynowytsh

bezieht. Erscheint monatlich 8 mal. Jahresbezugspreis in Deutschland 18 Mark, in Oesterreich-Ungarn 18 Kronen

Schriftleitung und Verwaltung Wien VIII, Albertgasse 28/18